Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

07.02.1931 (Nr. 7)

Visual Library

Staatsbibliothek Bremen 44/45

Einzelpreis 20 Pfg.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0.92 *RM* einschl. Bestellgeld.

Anzeigen: Die 10-gesp. Nonp.-Zeile 0.25 *RM*. Stellengef. u. Fam.-Anz. 0.10 *RM*. Kl.Anz. 0.15 *RM*. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen verhindert.

Nr. 7 | 7. Februar 1931 | 1. Jahrg.

Austritt aus dem Völkerbund?

Heldentat der Republikschutzgarde. — Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion. Auch der „Angriff" verboten.

NSDAP. verlangt Kündigung des Völkerbundes.

Von Graf E. zu Reventlow, M. d. R.

Die Vertreter der Fraktion der NSDAP. im Auswärtigen Ausschuß haben in der Sitzung des Ausschusses vom 2. Februar 1931 folgenden Antrag gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, angesichts des völligen Versagens des Völkerbundes, vor allem in der Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und in der Abrüstungsfrage gemäß Artikel 1, Abs. 3 der Völkerbundssatzung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund durch Kündigung seiner Mitgliedschaft vorzubereiten".

Nach den Satzungen des Völkerbundes ist die Kündigungsfrist eine zweijährige, die Kündigung dagegen kann in jedem Augenblick erfolgen. Selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit, daß ein Staat zu irgend einem Zeitpunkt einfach erklärt: ich trete aus dem Völkerbunde mit dem heutigen aus, ziehe meine Vertretungen aus Genf zurück und breche alle Beziehungen ab!

Es lassen sich sicher Fälle denken, in denen dieses Verfahren zweckmäßig erschiene. Vor einigen Monaten hatten die Kommunisten im Auswärtigen Ausschuß einen solchen Antrag: den Austritt gleich zu vollziehen, eingebracht, der aber abgelehnt wurde. Am 2. Februar dieses Jahres brachten sie den gleichen Antrag ein, nachdem sie Kenntnis vom unsrigen genommen hatten, also lediglich aus Agitations- und „Konkurrenzgründen".

Daß das Versagen des Völkerbundes auch während der letzten Ratssitzung in der Frage der Minderheiten und der Abrüstung ein völliges war, kann sachlich nicht wohl bestritten werden. Deutscherseits ist nichts erreicht worden, als einige vage Versprechungen und „Verpflichtungen", von denen man jetzt schon sagen kann, daß sie das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt werden. Auch die schöne Rede Hendersons kann wirklich nicht als Garantie gelten, daß in Zukunft die Minderheitsfragen anders behandelt werden sollten, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Deutschland hat aber, nach wie vor, alles Interesse, zu erreichen, daß es damit anders wird. Der nationalsozialistische Antrag nun soll diese Entschlossenheit des Willens dazu bekunden: tritt nicht eine vollkommene Wandlung ein, so scheidet Deutschland aus dem Völkerbund aus und bekundet heute schon die Entschlossenheit hierzu durch die sofortige Kündigung.

In den Vorjahren haben Kündigungen und Austrittsdrohungen südamerikanischer Staaten und Spaniens gezeigt, daß die Vormächte des Völkerbundes, ja das ganze „Ensemble", derartige Dinge höchst unangenehm empfinden; sie taten damals alles Denkbare, um jene Mächte zur Zurücknahme der Kündigung zu bewegen. Und ganz besonders hinsichtlich Deutschlands würde das Gefühl ein sehr peinliches sein. Wir wollen auch nicht vergessen, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund als **strikte Bedingung für das Inkrafttreten der Locarnoverträge** von Frankreich und Großbritannien gestellt wurde. Tritt Deutschland also aus, so würden die **Locarnoverträge selbstverständlich automatisch außer Kraft treten.** Auch abgesehen hiervon würde Deutschlands Austritt ohne Zweifel den Austritt auch einer Reihe anderer Staaten nach sich ziehen und der Völkerbund, wie man in China sagt, in der ganzen Welt enorm „an Gesicht verlieren". Die Mächte würden wahrscheinlich vieles tun, um Deutschland im Völkerbund zu halten. Aus diesem Tatbestand ergibt sich, daß eine deutsche Kündigung **jetzt** einer deutschen Regierung in der Folgezeit die Möglichkeit geben würde, mit Erfolg einen Druck im Sinne ihrer Forderungen, seien es die Minderheiten oder die Abrüstung, auszuüben. Es wäre unserer Ansicht nach unklug, wenn man sich durch einen sofortigen Austritt aus dem Völkerbunde dieser Möglichkeit beraubte und nicht wenigstens versuchte, sie zu verwirklichen. Wenn aber eine solche Haltung keine genügenden Ergebnisse zeitigte, so würde Deutschland in jedem Augenblick die Möglichkeit zur Erklärung haben, daß es mit dem Fernbleiben von den Völkerbundssitzungen und dem Abbruch der Beziehungen zu dieser Genfer Einrichtung nicht bis zum Ablauf der Kündigungsfrist warten wolle, sondern sie **hiermit vollziehe.**

Man sieht also, daß das von den Nationalsozialisten beantragte Verfahren der Kündigung den Vorzug einer großen Elastizität hat. Ja, man könnte sogar die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß unter Umständen die Kündigung auch wieder zurückgenommen würde, **wenn das politisch seine Früchte trüge;** eine Möglichkeit, die von vornherein auszuschließen kurzsichtig wäre.

Unsere Meinung über den Völkerbund, der alles andere eher ist, denn ein Bund der Völker, steht schon längst fest. Durch eine Politik, die wir mit allen Kräften bekämpft haben, ist Deutschland in den Völkerbund hereinmanövriert worden unter dem Jubel der Locarnoparteien, von Stresemann geführt. Das war ein Ereignis von großer und nachteiligster Bedeutung für das deutsche Interesse. Ein Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbunde wird ebenfalls ein Ereignis weittragender Art sein, und da wir praktische Politik treiben und nicht Prinzipien reiten noch Stimmungen pflegen wollen, so wollen wir unter Zugrundelegung der jetzt geltenden Verhältnisse und der in ihnen für uns wichtigen Probleme unsere Freiheit, aus dem Völkerbund auszuscheiden, so benutzen und zur Ausführung bringen, wie sie der Linie des deutschen Vorteils am besten entspricht, und versuchen, auch dem Bismarckschen Wort gerecht zu werden, daß die auswärtige Politik fähig sein müsse, zu „wenden".

Es ergibt sich, daß jener kommunistische Antrag von uns abgelehnt werden mußte, denn er bezeichnet eine politische Linie, die von der unsrigen weit ab-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Was können sie uns tun? — leid!

=rl. Die nämlich, die uns gerne als Radikalisten bezeichnen und uns mit abweisender Handbewegung zu verstehen geben, wie sehr wir ihnen in der Seele zuwider sind. Die da glauben, daß Radikalismus die Potenz dessen sei, was der ordentliche, friedfertige Mensch abzulehnen, ja auf das schärfste zu verurteilen habe. Die sich maßlos entrüsten können, wenn wir ihnen erklären, daß uns das ganze heutige System nicht paßt, und daß wir niemals in dieses System hineinzupassen uns bemühen werden. Sie glauben uns tödlich zu treffen, wenn sie uns giftig als radikal bezeichnen und ahnen nicht, daß wir uns mit Stolz und voller Bewußtheit als Radikalisten bekennen.

Was heißt radikal sein? Das heißt bestrebt sein, den Dingen, dem Uebel an die Wurzel zu gehen, heißt darauf bedacht sein, das Uebel mit der Wurzel auszurotten. Nicht so sehr den Erscheinungsformen unserer heutigen Not gilt unser Zorn, als vielmehr ihren Ursachen und den Verursachern.

Dieses System ist entstanden durch Meineid und Verrat, wie Kardinal Faulhaber vor Jahren sagte. Und die auf Meineid und Verrat begründete „Ordnung" sollen wir lieben und in alle Ewigkeit bestehen lassen? Ihr verlangt zuviel von uns. Wenn wir Sirup in den Adern hätten statt Blut, wenn wir Schieber wären und Betrüger an unseren Volksgenossen, mag sein, daß wir dann ein Interesse an der Erhaltung dieses Systems hätten. So aber ballen wir die Fäuste und schlagen mitunter vernehmlich auf den Tisch. Denn wir fühlen uns verpflichtet den Toten des Weltkrieges, die dieses Chaos von Gemeinheit nicht wollten, die nicht dafür starben, daß man das Haus der deutschen Nation zu einer Räuberhöhle, das Volk selbst aber zu Sklaven machte. Was Ihr Ordnung nennt, das ist in Wahrheit furchtbarste Unordnung.

Was stark und edel war, das habt Ihr zu vernichten getrachtet, was krankhaft ist und faul, das ist Euch recht und billig. Die Gesundheit und die Erhaltung unseres Volkes ist Euch Hekuba. Wohlan, so gestattet, daß wir auf Eure Doktrinen pfeifen und daß **uns** Hekuba ist, was Euch heilig und unverletzbar dünkt.

Radikalisten nennen sie uns und begreifen nicht, daß der ehrliebende, nach Freiheit ringende deutsche Mensch gar nichts anderes sein kann und darf. Denn gegen den Radikalismus der Niederträchtigen, der Ausbeuter und Volksbetrüger hilft nur der Radikalismus der Idealisten, die mit allen Fasern ihres Herzens das Gute schaffen wollen. Die einst blühende deutsche Wirtschaft ist radikal zertrümmert, der Lebenswille der deutschen Nation ist durch das Gift des Pazifismus und der internationalen Phrase radikal erschüttert. Fünf Millionen Proletarier stehen hoffend und harrend und doch vergeblich vor den Arbeitsämtern. Dieses System ist ausverkauft. Dieses System führt nur noch einen Artikel, den Gummiknüppel. Und den schätzen wir nicht. Jedenfalls ist uns Brot und Arbeit lieber. Und vermögen die Herren Brüning, Severing und Braun nicht, uns das zu geben, was wir zur Erhaltung des nackten Lebens brauchen, so mögen sie verschwinden. Möglichst im Schnellzugstempo, und ein für allemal!

Die Spießer und Leisetreter, die die Wucht des Angriffs unserer Feinde in der Behaglichkeit ihrer wohltemperierten Stuben nie verspürten, sie mögen uns vom Halse bleiben mit ihren wohlgemeinten Ratschlägen. Das Tempo und die Taktik unseres Kampfes bestimmen **wir**; denn **wir** tragen auch die Wunden, die der Kampf um Deutschlands Freiheit schlägt. Die albernen Philister, die uns gerne vertraulich auf die Schultern klopfen und uns raten, nicht so radikal zu sein — was können sie uns tun? — leid!

Republikschutzgarde schützt die Republik.

Vor kaum einer Woche mußten wir von einem feigen Ueberfall auf zwei unserer Hitler-Jungens berichten. Heute liegt ein neuer Bericht über die „Heldentaten" des Reichsbanners vor. Der Hitler-Junge H. S. kam am letzten Sonntag abends vom Hauptbahnhof, um sich in Richtung Dobben nach Haus zu begeben. Bei der Löningstraße kam ihm ein Trupp von ca. 25 bis 30 Reichsbannerleuten entgegen. Kaum hatten diese das H. J. Abzeichen des Jg. H. S. gesehen, fielen sie auch schon über denselben her. Da der Pg. H. S. einen Koffer bei sich trug, konnte er sich im ersten Augenblick nicht gleich zur Wehr setzen, was allerdings bei 30:1 sowieso nicht von Erfolg gewesen wäre. Als diese Helden sich dann plötzlich verzogen, weil sie etwas von Polizei hörten, hatte der Jg. H. S. mehrere Gesichtsverletzungen, sowie eine stark blutende Wunde am Hinterkopf, welche durch starke Schläge mit Schlagringen und ähnlichen „geistigen" Waffen hervorgerufen waren.

Hörsing sagte in seiner Rede, daß das Reichsbanner das Schutzheer der Republik sei. Wir sagen — die Republik ist ihrer Schützer wert.

weicht, keineswegs etwa nur eine schroffere Form der Stellungnahme gegen den Völkerbund. Im übrigen ist nicht ohne Reiz, daß gerade die Kommunisten auf sofortigen Austritt aus dem Völkerbund drängen, während die Moskauer Politik dauernd größten Wert auf möglichst intensive Beziehungen mit dem Völkerbund erstrebt. Im gegenwärtigen Augenblick deutscherseits den Austritt aus dem Völkerbund vollziehen, würde ein Pronunziamento bedeuten, dessen Ziel und Vorteil wir nicht zu erblicken vermögen.

Um zusammenzufassen: der nationalsozialistische Antrag will, seinem Wortlaut gemäß, durch sofortige Kündigung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde vorbereiten. Während der Kündigungsfrist sollen alle Möglichkeiten benutzt werden, im Sinne deutschen Rechts und deutschen Interesses auf den Völkerbund einzuwirken. Widrigenfalls würde man zu irgend einem gegebenen Zeitpunkt schon vor Ablauf der Kündigungsfrist alle Beziehungen zum Völkerbund abbrechen. Unter Rücknahme der Kündigung im Völkerbund verbleiben würden wir nur, wenn es gelungen sein sollte, ihn inzwischen zu **etwas Anderem zu machen, als er ist.**

Die sexualbolschewistischen Juden und SPD.-Abgeordneten.

Rosenfeld und Landsberg stellen Strafantrag.

Der nationalsozialistische Schriftsteller Hans Richard Mertel-München hat in der Flugschriftenreihe „Totgeschwiegene Wahrheiten" eine Broschüre „Sünden der Sozialdemokratie" veröffentlicht, die den Marxisten bös auf die Nieren gegangen ist. Das rote „Hildesheimer Volksblatt" schreibt darüber u. a.:

„Die Broschüre befaßt sich mit dem Genossen Rosenfeld, dem vorgeworfen wird, im Rechtsausschuß des Reichstags mit den Antrag gestellt zu haben, die Blutschande und den Geschlechtsverkehr mit Tieren zu erlauben. Wir haben dem Genossen Rosenfeld die Broschüre zugesandt und er hat den Genossen Rechtsanwalt Landsberg beauftragt, Strafantrag gegen den für die Sudelei Verantwortlichen zu stellen. Es wird also diese Angelegenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Aus diesem Grunde wollen wir heute auf die Sache nicht näher eingehen, sondern nur sagen, daß die Behauptungen über Rosenfeld selbstverständlich unwahr sind".

Gut gebrüllt, Löwe! Wir freuen uns schon auf den Prozeß, der ohne Zweifel einer der interessantesten Prozesse der letzten Jahre und zugleich eine entscheidende Niederlage der Rosenfeld, Landsberg und Genossen werden wird. Nur halten wir es für wahrscheinlich, daß Herr Curt Rosenfeld sich vor seiner eigenen Courage fürchtet und daß das „Hildesheimer Volksblatt" nur einen Schreckschuß abgeben wollte, indem es mit einem Prozeß drohte.

Zur Erbauung unserer Leser wollen wir die Stelle aus der Schrift: „Sünden der Sozialdemokratie" zitieren, die den Gegenstand der Klage bildet:

„Schon wenn man sich die Führer der deutschen Sozialdemokratie ansieht, kann man nicht darüber im Zweifel sein, daß diese Partei tatsächlich von allen guten Geistern verlassen ist. Zu den Prominenten der SPD. zählt der millionenschwere Lederjude, Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter Kurt Rosenfeld (Typ des frisch eingewanderten Ostjuden). Dieser Kurt Rosenfeld beantragte im Rechtsausschuß des Reichstags den Paragraphen, der die Blutschande, also den Geschlechtsverkehr zwischen den nächsten Verwandten, mit Gefängnis bedroht, aufzuheben und die Blutschande freizugeben. Weiterhin stellte der vorbildliche Genosse Rosenfeld den Antrag, den Geschlechtsverkehr mit Tieren zu erlauben. Und weiterhin verlangte er, daß der Landesverratsparagraph aufgehoben werde. Daß die gesamte SPD. mit den Rosenfeld, Landsberg und Hirschfeld an der Spitze für die Freigabe der Abtreibung und der widernatürlichen Unzucht eintritt, ist leider eine traurige Selbstverständlichkeit. Wir sind nus wohl darüber im klaren, daß ein Mann wie Rosenfeld in jedem anderen Lande öffentlich gebrandmarkt würde. In den Vereinigten Staaten fänden sich Tausende von Lynchrichtern, die einen solchen Burschen geradezu in Stücke reißen würden".

Wir stellen dazu rein sachlich fest, daß solche Aeußerungen aus dem Munde des famosen Herrn Rosenfeld im Rechtsausschuß des Reichstages tatsächlich gefallen sind und daß im Prozeß der Verfasser der Broschüre, Pg. H. R. Mertel, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen in vollem Umfange antreten wird. Er wird die Gelegenheit benützen, um vor den Schranken des Gerichts eine vernichtende Abrechnung mit der sozialdemokratischen „Kulturpolitik" der Marxisten Hirschfeld, Landsberg, Rosenfeld u. Genossen zu halten.

Es wird dem Genossen Rosenfeld trotz seiner sprichwörtlichen talmudisch-rabulistischen Verdrehungskunst nicht gelingen, die Tatsache aus der Welt zu lügen, daß er sich im Rechtsausschuß des Reichstags tatsächlich in der oben gekennzeichneten Art und Weise geäußert, d. h. daß er sich damals — wie erst kürzlich wieder bei der Beratung des neuen Eherechts seiner Rasse gemäß benommen hat. Sollte er wegen des Ausdruckes „Sexualbolschewist", den Pg. Mertel in der genannten Schrift für ihn gebraucht hat, Klage wegen Pressebeleidigung stellen wollen, so sei ihm entgegengehalten, daß er gemeinsam mit seiner Genossin Toni Pfülf und anderen erst vor wenigen Tagen im Rechtsausschuß des Reichstags die Gleichstellung des Konkubinats, also der wilden Ehe, mit der legitimen Ehe verlangte. Das sind ausgesprochene bolschewistische, genauer präzisiert: sexualbolschewistische Forderungen und Anträge; im bolschewistischen Rußland herrschen genau dieselben Zustände, wie sie die Rosenfeld und Genossen durch die Anträge auf Gleichstellung der wilden mit der legitimen Ehe auch in Deutschland einführen wollten.

Uebrigens ist es verwunderlich, daß Herr Kurt Rosenfeld die Stirne besitzt, Strafantrag zu stellen, — um so mehr als auch der „Völkische Beobachter" ihm schon wiederholt dasselbe vorgeworfen hat wie Pg. Mertel in seiner Broschüre „Sünden der Sozialdemokratie", **ohne daß Rosenfeld dagegen etwas unternehmen konnte.**

Wir werden über diese Angelegenheit weiter berichten.

Aus der Arbeit der nat.-soz. Reichstagsfraktion.

Anfrage Dr. Frick, Dr. Meyer (Westf.) und Gen.

Nach einer in unseren Händen befindlichen Statistik sind im Jahre 1929 von deutschen Gaswerken insgesamt 864 264 t englische Gaskohle gekauft worden. Es wird behauptet, daß auch im verflossenen Jahre mindestens die gleiche Menge englischer Gaskohle von deutschen Gaswerken angekauft worden sei.

Eines besonderen Nachweises der verhängnisvollen Folgen dieses unverständlichen und nicht zu rechtfertigenden Verhaltens einheimischer Unternehmungen bedarf es wohl kaum. Man hat errechnet, daß allein die Lohnsumme, die an unsere Arbeiter für die Förderung einer derartigen Kohlenmenge zu bezahlen wäre, rund 6 900 000 Mk. betragen würde. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Preisunterschied zwischen englischer und deutscher Gaskohle 6.— Mk. je Tonne ausmacht, kommt man zu dem Ergebnis, daß dem deutschen Kapitalmarkt nahezu zwei Millionen Mark bei diesem sonderbaren Geschäft verloren gehen. Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, daß die 2880 deutschen Bergarbeiter, die zur Förderung der erwähnten Kohlenmenge erforderlich wären, mit ihren Familien mindestens 3 Millionen Mk. jährlich aus der Arbeitslosenversicherung und den Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinden in Anspruch nehmen müssen. In Verbindung mit dem Ausfall an Steuern und im Hinblick auf die Notwendigkeit, für die Bezahlung der englischen Kohle erhebliche Mengen an Devisen zu beschaffen und zu verausgaben, darf man folgern, daß das unverantwortliche Gebaren deutscher Gaswerke die Finanzwirtschaft der Gemeinden, der Länder und des Reiches auf das empfindlichste in Mitleidenschaft zieht. An der Spitze der Gaswerke, denen dieser Vorwurf zu machen ist, marschieren die Städte Berlin und Hamburg. Sie verbrauchten im Jahre 1929 rund 900000 Tonnen deutsche und rund 650 000 t englischer Kohle. Auch die Städte Bremen, Kiel, Stettin, Königsberg i. Pr., Magdeburg und andere haben, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie Berlin und Hamburg, so doch immerhin ebenfalls, insbesondere mit dem Verbrauch an einheimischer Kohle sehr nennenswerte Mengen an englischer Kohle in ihren Gaswerken verwendet.

Wir fragen die Reichsregierung:

1.) ob ihr die geschilderten Tatsachen bekannt sind und

2.) welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um die für den deutschen Kohlenmarkt geradezu vernichtende ausländische Konkurrenz einzudämmen und die deutschen Städte zu zwingen, in ihren Betrieben fortan auf die Interessen der einheimischen Volkswirtschaft die insbesondere in der gegenwärtigen Zeit unbedingt notwendige Rücksicht zu nehmen?

Berlin, 30. Januar 1930.

Beim Ausbleiben der Zeitung

oder bei verspäteter Zustellung derselben bitten wir, sich

sofort an den Briefträger

oder beschwerdeführend an das zuständige Postamt zu wenden. Erst wenn dies keinen Erfolg hat, soll eine Mitteilung an den Verlag erfolgen, der dann das Weitere veranlassen wird.

Gegen die roten Metternliche:

Wißt ihr denn nicht, daß keine Gewalt den Geist der Freiheit bändigt? Machiavelli.

Winterabend am Wall.

Winterabend am Bremer Wall! Entzückendes Märchenbild! Wohltuende Einsamkeit!

Weicher Schnee hat Ast und Strauch und Blatt und Halm mit weißem Hauch zart überzogen. Der stille Wanderer meint, er schreite durch einen in abendlichem Schweigen ruhig daliegenden weiten sauberen Garten oder durch die sympathische Ruhe eines verschneiten Waldes. Des Walles langgestreckte Hänge wurden binnen weniger Stunden zu einer einzigen Symphonie in Weiß, die prachtvoll kontrastiert gegen parallel zur Contrescarpe fließende, stellenweise schon mit Eis leicht bedeckte tiefschwarze Wasserzüge.

Droben, am Theaterberg, blinken Lampen aus grauen Dunstschwaden heraus. Nach und nach strahlt volles Licht auf in breiten Schaufenstern. Schließlich ist der ganze Wall von der Bischofsnadel bis herunter zur Sögestraße restlos getaucht in eine Fülle bunter Beleuchtung, die blitzend und funkelnd reflektiert im reinen Schneebehang hoher Ulmen. Geradezu wunderbar wirkt das alles in der satten Spiegelung des breiten Stadtgrabens. Dort zeigt sich eindrucksvolles Farbenspiel, das umso wuchtiger wirkt, weil ihm des Wassers Dunkel trefflichen Rahmen gibt.

Winterabend am stillen Wall! Wohltuende Einsamkeit inmitten schneeumhüllter, weißer Pracht!

Am Heerdentor klingeln Straßenbahnen, hupen hastende Autos.

Es ist einem, als käme jener Lärm aus weiter, weiter Ferne. W. R.

Focke-Wulf Flugzeugbau A.-G. Bremen.

Die Focke-Wulf Flugzeugbau A.-G., die erst im Januar 1924 durch Dipl.-Ing. H. Focke und G. Wulf gegründet wurde, zählt mit zu den jüngsten der deutschen Flugzeugwerke. Bereits 1910 beschäftigte sich Focke mit der Konstruktion von Flugzeugen und 1913 entstand in Gemeinschaft mit seinem im Jahre 1927 bei Erprobung eines neuen Flugzeugtyps leider tödlich verunglückten Mitarbeiters G. Wulf das erste selbst gebaute Flugzeug. Nach dem Kriege nahmen beide ihre Arbeiten wieder auf und bauten 1921 einen kleinen Eindecker. Auf Grund der mit diesem Flugzeug erzielten Leistungen erfolgte dann 1924 die eingangs erwähnte Gründung der Gesellschaft mit einem Aktienkapital von RM. 200 000.—. Der Vorstand wird gebildet durch Dipl.-Ing. H. Focke, für die technische Leitung und durch Dr. W. Naumann für den kaufmännischen Teil.

Während das Unternehmen ursprünglich in gemieteten Räumen arbeitete, bezog es im Juni 1926 seine eigenen Fabrikanlagen auf dem Bremer Flughafen. Die auf das modernste eingerichteten Werkstätten umfassen eine Fläche von 2500 Quadratmeter, jedoch steht genügend Raum für eine weitere Ausdehnung zur Verfügung. Die durchschnittliche Belegschaft des Werkes beträgt 150 Mann.

Die Focke-Wulf-Werke wandten sich nach ihrer Gründung zunächst dem Bau von Klein-Verkehrsflugzeugen in Holzkonstruktion zu, mit denen sehr gute Ergebnisse erzielt wurden und die sich besonders durch ihre Wirtschaftlichkeit auszeichneten. Von diesen Kleinverkehrsflugzeugen konnten im Laufe der Jahre 25 Maschinen abgesetzt werden. Das Ziel, nur Flugzeuge von einem hohen Wirtschaftlichkeitsgrad zu bauen, hat die Firma bis auf den heutigen Tag beibehalten.

In den weiteren Jahren ging man auf Grund der mit den Kleinverkehrsflugzeugen gewonnenen Erfahrungen auch dazu über, Großverkehrsflugzeuge in Gemischtbauweise herzustellen und durch Schaffung des im internationalen Luftverkehr bekannten Flugzeugmusters „Möwe" für 2 Führer und 8 Fluggäste den Luftverkehrsgesellschaften eine Maschine von höchster Wirtschaftlichkeit und niedrigsten Anschaffungspreis zur Verfügung zu stellen. 15 Focke-Wulf „Möwen" legten im In- und Auslandsstreckendienst der Deutschen Luft-Hansa innerhalb 2½ Jahren — ohne daß bei diesen Flügen ein Passagier zu Schaden kam — über 2½ Millionen Flugkilometer zurück und leisteten damit etwa 12 Prozent des gesamten öffentlichen Luftverkehrs der Luft-Hansa. Auf Grund fachmännischer Feststellungen ist die Focke-Wulf „Möwe" auf Strecken bis 800 Klm. überhaupt das wirtschaftlichste Verkehrsflugzeug der Luft-Hansa.

Auch das Kleinverkehrsflugzeug wurde in der Erkenntnis, daß diese Flugzeugart noch einmal zu großer Bedeutung kommen wird, systematisch weiterentwickelt und in dem Baumuster „Habicht" ein weiter verbessertes und vervollkommnetes Kleinverkehrsflugzeug auf den Markt gebracht. Ein Erfolg von garnicht abzusehender Tragweite konnte Focke-Wulf mit dem Muster „Habicht" Anfang dieses Jahres erzielen und zwar war es die amtliche Feststellung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, Berlin-Adlershof, daß dieses Flugzeug auch mit Gewalt sich nicht in den gefürchteten drehenden Absturz, ins „Trudeln" bringen läßt. Die neuesten Schöpfungen der Firma in dieser Art von Maschine stellen die 1930 entstandenen Baumuster A 33 „Sperber mit 150 PS. Mars-Walter-Motor und A 32 „Bussard" mit 300 PS. Junkers L.V.-Motor dar. Die A 33, die 1 Führer und 3 Fluggäste befördert, ist hauptsächlich als sogenanntes Taxi-Flugzeug gedacht, während die A 32 für 2 Führer und 5 Fluggäste vornehmlich auf mittleren Verkehrslinien zum Einsatz gelangt. Mit einer Maschine dieses Flugzeugmusters konnte kürzlich ein „Flugzeugführer einen Flugsicherheitsrekord aufstellen, indem er die 420 Klm. lange Strecke Bremen—Nürnberg in etwas über 2½ Stunden bei sehr böigem Wetter flog. Dieser Flug zeigt eindringlich die große praktische Bedeutung der von Focke-Wulf systematisch geförderten Arbeiten zur Verbesserung der Stabilität und Flugsicherheit.

Neben dem Bau von Spezialflugzeugen für Foto- und Vermessungszwecke nahm die Gesellschaft auch die Konstruktion und den Bau von Wasserflugzeugen für den Post- und Kurierdienst auf und errichtete zu diesem Zweck in Wilhelmshaven eine Zweigniederlassung. Ferner stellt die Firma Schul- und Sportflugzeuge her, von denen sich besonders als letzte Neukonstruktion das Muster „Kiebitz" bewährt hat, das der Firma sehr beachtenswerte Erfolge eingebracht hat. U. a. gelang es, mit einer Maschine dieses Typs im Jahre 1929 einen Weltrekord für Leichtflugzeuge (Entfernung in geschlossener Bahn) aufzustellen und ihre besondere Geeignetheit als Kunstflugzeug durch die Rückenflüge des bekannten Kunstfliegers Achgelis zu beweisen.

Ein weiteres Verdienst um die Entwicklung der Luftfahrt erwarb sich Focke-Wulf durch die Förderung des „Enten"-Flugzeugproblems. Die mit dem Flugzeug „Ente" bisher ausgeführten Versuchsflüge hatten ein ausgezeichnetes Ergebnis, so daß die Konstruktion dieses neuartigen Flugzeugtyps als voll gelungen zu bezeichnen ist.

Als allerletzte Konstruktion entwickelt Focke-Wulf zur Zeit ein Spezialpostflugzeug, das über eine hohe Geschwindigkeit und große Reichweite verfügt und für die von der Luft-Hansa beflogenen deutschen Reichspost Spezialpoststrecken vorgesehen ist. —Ez—

Tretet ein in die SA.

Zur politischen Lage.

Diktator Brüning gedenkt in derselben Weise wie bisher weiter zu regieren und stützt sich dabei auf Zentrum, SPD., Demokraten und den Abgeordneten, die immer auf dem Boden der Tatsachen stehen. Der Reichstag soll bis zum 28. März tagen, wenn .... Ja, wenn die Sache so läuft, wie Brüning es sich denkt. Wenn der Reichsetat so angenommen wird, wie die Regierung will. Sonst wird der Reichstag in der nächsten Woche wieder nach Hause geschickt, und alles wird mit dem § 48 gemacht. Vogel friß oder stirb. Das Ganze nennt man dann demokratisch-parlamentarisches System. — Was aber die kommenden Tage und Wochen bringen, wer kann es sagen. Die Volkspartei wird immer unsicherer. Sie muß ihren Wählern etwas bieten und verlangt darum eine neue Ersparnis von 300 Millionen. Die SPD. weiß genau, daß in dem System Brüning, das einzig durch die SPD. lebt, 300 Millionen nur erspart werden können, wenn man die Sozialversicherung in die Brüche gehen läßt. Damit würde der Reichstag und vielleicht auch die Regierung Brüning stürzen. Dabei aber ist zu bedenken, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen Neuwahlen vermeiden wollen und müssen. Die „Fieberkurve" des Nationalsozialismus soll erst wieder abebben. Das ist ja nun mal so, daß die Herren von heute in ihrer Verblendung scheinbar immer noch nicht sehen, worum es heute geht. Das Volk ist erwacht und verflucht das System von heute. — Ja, so hat Brüning seine Schwierigkeiten. Ob aber die charakterlose Volkspartei wirklich den Willen zu einer irgendwie gearteten Opposition gegen Brüning und Genossen aufbringt, wir glauben nicht daran.

Eins steht heute für jeden Wissenden klar ob allem politischen Geschehens: Die Sanierung der deutschen Finanzen ist dem System Brüning unmöglich. Alle Unternehmungen in dieser Hinsicht zeigen sich von Tag zu Tag mehr als restlose Pleiten. Man pumpt und pumpt sinnlos weiter. Jetzt versucht man es bei Holland und Frankreich. Jede weitere Anleihe rollt unrettbar das Wirtschaftsschiff dem Abgrunde näher. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem der restlose Zusammenbruch da ist.

Wir aber stehen in schärfster Opposition zu den Totengräbern Deutschlands. Viel wird von einer Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten geschwatzt. Das ist natürlich barer Unsinn. Wenigstens so lange, als in Preußen die schwarz-rote Mehrheit am Ruder ist. Das ist für uns die erste Forderung: Weg mit den Marxisten aus allen Regierungsstellen! Wir wollen Neuwahlen! Es entsprechen heute keine Parlamente in Deutschland mehr dem Willen der Mehrheit des Volkes.

Wenn man heute wieder eine parlamentarische Schiebung vornehmen will: Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags, so erkennt man klar daraus den Willen der schwarzen und roten Sozialdemokraten, die so unbequeme Opposition restlos auszuschalten. Solche Mätzchen sind genau wie Republikschutzgesetz und ähnliche Dinge bei uns Versuche am untauglichen Objekt. Solche Mätzchen werden ohne Wirkung verpuffen. Sie sind am Ende, die Brünings und Genossen. Wir werden das Begräbnis beschleunigen.

Curtius wird endlich reden.

Für Dienstag, 10. Februar, steht uns endlich die große außenpolitische Aussprache bevor, in der Curtius über seine letzten Versager in Genf sprechen wird. Man wird noch manches beim Etat des Außenministeriums zu hören bekommen. Armer Curtius, wie wird es dir ergehen.

Das dankbare Berlin

Ein „Böß"-Schneemann.

Berlin. Im Tiergarten haben sich in der vergangenen Nacht einige Witzbolde einen Scherz geleistet, indem sie dem verflossenen Oberbürgermeister ein Denkmal setzten, das sich in Gestalt eines etwa zwei Meter hohen Schneemanns in der Nähe der Bellevue-Allee erhebt. Der Böß-Schneemann trägt zum Ergötzen der zahlreichen Passanten ein Bild mit der Aufschrift: „Böß", worunter die Worte zu lesen sind: „Das dankbare Berlin". Ursprünglich befand sich am Fuße des Denkmals noch eine weitere Inschrift mit den Worten:

„Böß a. D. —
rein wie Schnee —
Im Sklarekpelz
tut keine Kälte weh!"

Dieser Vermerk ist allerdings in der Nacht von amtlichen Stellen entfernt worden.

Zentrum und Rechtsausschuß.

Der Reichstag hat keinen Rechtsausschuß mehr. Wie kommt denn das nur? Der Vorsitzende des Rechtsausschusses ist der nationalsozialistische Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Frank II. Der hat einmal dem Zentrum die klare, nackte Wahrheit gesagt: Das Zentrum mißbraucht die katholische Religion, um die schmutzigsten politischen Schiebergeschäfte zu machen.

Diese Tatsache ist jedem ganz genau bekannt. Nun lehnt das Zentrum Dr. Frank II als Vorsitzenden des Rechtsausschusses ab und will nicht mehr mittagen. Uns ist das natürlich gleichgültig. Wir benennen keinen neuen Vorsitzenden, da wir Dr. Franks Worte restlos decken. Der Vorsitzende ruft den Ausschuß nicht zusammen. Also tagt er nicht. Auch das ist gut so; alles hilft, die Hohlheit des Systems den Menschen klar vor Augen zu führen.

Zentrumsaktion in Oberschlesien.

Separatismus als Hintergrund?

Breslau. Man weiß, daß das Reichsbanner besondere Stoßtrupps gebildet hat, die es Schufos nennt. Wie es scheint, ist man im Zentrum dabei, dieses Beispiel nachzuahmen und in der sogenannten „Kreuzschar" zentrümliche Schufos auf die Beine zu stellen. Eine reine innere Parteiangelegenheit des Zentrums. Aber sie erfordert doch allgemeine Aufmerksamkeit, weil das Zentrum es für richtig hält, ausgerechnet in Oberschlesien, also im allergefährdetsten Grenzgebiet, eine solche eigene Parteitruppe auf die Beine zu stellen. Das Zentrum mag sich gegenüber den immer noch nicht völlig geklärten Mitteilungen der „Kreuzzeitung" drehen und winden, wie es will — die Aufstellung einer solchen Wehrorganisation, die selbst nach dem Urteil der zentrumsfreundlichen D.A.Z. eine „ausgesprochene Abwehr- und Kampftruppe" darstellt, in diesem Gebiet muß zu einer Erschütterung der Schlagkraft der bestehenden nationalen Schutzverbände und zu einer unheilvollen Verschärfung der Gegensätze innerhalb einer Bevölkerung führen, deren Deutschtum durch Polen aufs schwerste bedroht ist. Man kann um diese Dinge nicht herumreden — es ist doch nun einmal so, daß, wenn das Zentrum in Oberschlesien sich eine Parteigarde schafft, damit auch der konfessionelle Gegensatz gegenüber den Landesgenossen, der ja gegenüber Polen nicht besteht, bedenklich betont wird. Das Zentrum, dessen zweifelhafte Rolle bei dem Separatistentreiben im Westen noch nicht unvergessen ist, geht nun gerade in einer schwer bedrängten Ostprovinz eigene Wege. Das Zentrum kann sich darauf verlassen, daß wir schärfstens aufpassen werden, wohin sie führen.

Eingeständnis zum Youngplan

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" brachten einen Aufsatz mit der Ueberschrift „Youngplan und Welthandel". Darin lesen wir u. a.:

„Wie lange wird der Erlös der Auslandsanleihen in unserer Wirtschaft arbeiten? Die Saugpumpe des Youngplanes wird schon dafür sorgen, daß wir bald wieder mit genau so leeren Taschen dastehen wie heute vor Erhalt der Kredite. Nur das wird uns als dauerndes Andenken bleiben, daß unsere Anleiheschuld ans Ausland sich abermals um einige hübsche hundert Millionen erhöht haben wird. Die Youngkrise ist eine Dauerkrise. Die Tributknechtschaft bedeutet ein Elend ohne Grenzen. Der Ernst der Situation duldet in diesem Punkt keinen Selbstbetrug. Der Landwirt und der Fabrikant, der Geschäftsmann und der Wertpapierbesitzer der Arbeiter und der Angestellte, ein jeder spürt, daß die heutige verzweifelte Lage sich von allen „schlechten Zeiten" früherer Epochen klar unterscheidet ein jeder fühlt, daß heute der Augenblick gekommen ist, der Deutschland zur neuen Aufrollung der Reparationsfrage vor der internationalen Oeffentlichkeit zwingt.

Wir haben uns leider daran gewöhnen müssen, daß unsere Apelle ans Weltgewissen bisher wenig fruchteten. Die Welt hat es ja auch schweigend hingenommen, wie vor nicht ganz einem Jahrzehnt in Rußland die Millionen verhungerten und ebensowenig Eindruck macht auf sie heute das ungeheure Sterben in China. Wird Deutschland, wo die Lebenshaltung von Millionen gegenwärtig weit unter das kulturwürdige Maß gedrückt ist, mehr Mitgefühl finden wie jene? Das wäre das Letzte, worauf wir zählen könnten.

Wer kann ehrlich sagen, daß er noch an den Youngplan glaubt? Die Farce ist durchschaut, der Weltbetrug des Tributschwindels wird offenbar".

Zusammenbrechende Konsumvereine.

Der Konsumverein Halle ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf **mehrere Millionen RM.**

Bücher sind in den letzten Monaten überhaupt nicht mehr geführt worden. **Seit Oktober 1930 ist man mit über 300 000 RM. Rückzahlungen im Verzug. Außerdem können 1 Million RM. ordnungsgemäß gekündigter Spareinlagen nicht zurückgezahlt werden.**

Dieser Zusammenbruch des Halleschen Konsumvereins hat die Konsumvereine in Gotha, Wittenburg und Schwarzenberg in Sachsen ebenfalls in Schwierigkeiten gebracht. Sehr schlecht scheint es um den Konsumverein in Gotha zu stehen, dessen Bankerott kaum noch aufzuhalten sein soll.

Das ist die **marxistische Mißwirtschaft in Reinkultur.** Da haben die Bonzen seit Jahrzehnten der deutschen Arbeiterschaft vorgeredet, welch große Ersparnisse sie durch die Konsumvereine machen könnten, und jetzt erhält der Arbeiter, der solchen Versprechungen geglaubt hat, nicht nur keine Rückgewähr, sondern auch nicht einmal seine ordnungsgemäß gekündigten Spareinlagen.

Im Reich hat der Marxismus bereits einmal durch die Inflation das ganze deutsche Volk um seine Ersparnisse betrogen. In den hier mitgeteilten Fällen betrügt er die noch vertrauende Arbeiterschaft.

Wann endlich werden auch diese Volksgenossen einsehen, daß der Marxismus sie immer tiefer ins Elend führt und daß nur die Volksgemeinschaft der deutschen Freiheitsbewegung ihr Los bessern kann?

Der Einzug der Kinder Israel am 9. November 1918.

Unter der Ueberschrift: „Der Anteil der Juden an Deutschlands Zusammenbruch" bringt die „Deutsche Wochenschau" in ihrer Antimarxisten-Nummer die folgende aufschlußreiche Zusammenstellung: „Wer trat nach dem Zusammenbruch 1918 an die Stelle der Fürsten?"

1. Reichskabinett:
   Auswärtiges Amt: Jude Haase und Jude Kautsky
   Justiz: Jude Krohn und Jude Herzfeld
   Finanz: Jude Schiffer und Jude Bernstein
   Inneres: Jude Preuß machte die Verfassung
   Presse für Ausw. Amt: Jude Max Cohen.

2. Preußen:
   Justiz: Jude Rosenfeld
   Finanz: Jude Simon
   Inneres: Jude Hirsch
   Kultus: Jude Futran (russisch) und der mit der Jüdin verheiratete Gerlach
   Präsident für Zeitungswesen: Jude Reiß

   Präsident im Schatzamt: Jude Norden-Nathan
   Kriegsernährungsamt: Jude Wurm
   Leiter der Kunstabteilung: Jude Leo Kestenberg
   Volkswirtschafts-Abteilung des Reichsernährungsministeriums: Jude Prof. Dr. Hirsch
   Leiter der Lebensmittel-Abteilung: Jude Dr. Stadthagen
   Vorsitzender des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte: Jude Cohen.
   In dem Arbeiter- und Soldaten-Rat saßen: Jude Stern, Herz, Löwenberg, Fränkel, Israelowicz, Laudenheim, Seligsohn, Katzenstein, Stadthagen, Lausenberg, Heimann, Schlesinger, Merz, Wey
   Polizeipräsident in Berlin: Jude Ernst
   Polizeipräsident in München: Jude Sinzheimer
   Polizeipräsident in Essen: Jude Levy

   Bayern: Präsident: Jude Eisner
   Finanzminister: Jude Jaffe
   Sekretär v. Eisner, Jude Fechenbach.

   Sachsen: Jude Lipinsky und Gradnauer.

   Württemberg: Jude Heimann.

   Hessen: Jude Fulda.

Reichskonferenz am 25. 11. 1918:

Preußen: Jude Hirsch, Herzfeld, Haase
Bayern: Jude Eisner
Sachsen: Jude Lipinsky
Württemberg: Jude Heimann
Baden: Jude Haas
Deutsch-Oesterreich: Jude Hartmann.

Unter den Friedensdelegierten von Versailles waren 3 Juden. Ferner waren dort die Juden:

Warburg, von Strauß, Merton, Dr. Jaffe, Deutsch, Brentano, Bernstein, Struck, Rathenau, Wassermann und Mendelsohn-Bartholde.

So sah es aus, als, wie die gewisse Presse damals so schön mauschelte, das Volk seine Angelegenheiten **„endlich selbst in die Hand nahm".**

Zu gesund!

Wenn das unter derart verheißungsvoller Patenschaft ins Leben gesetzte Neudeutschland heute bei der politischen und wirtschaftlichen Pleite angelangt ist, und wenn sich ein Teil des deutschen Volkes heute auf einem der deutschen Kulturgeschichte durchaus unwürdigen Niveau bewegt, so ist das kein Wunder.

Ein Wunder nur ist, daß es immer noch, vor allem unter der Arbeiterschaft, Deutsche gibt, die das nicht sehen.

Notschrei der Bauern.

„Die auf dem 12. Schlesischen Landbundtag in Breslau vereinigte schlesische Landwirtschaft übersendet sowohl der preußischen Regierung wie der Reichsregierung keine neuen Wünsche und Forderungen mehr. Unsere Lage ist bei den zuständigen Stellen mehr als zur Genüge bekannt. Wir weisen in dieser ernsten Stunde die maßgebenden Reichs- und Staatsinstanzen mit allem Nachdruck öffentlich darauf hin, daß die Frage der Rettung der schlesischen Landwirtschaft keine Berufsfrage, sondern eine gesamt-deutsche Frage ist. Raschestes Handeln ist notwendig, wenn wir unsere vom Vaterlande uns auferlegte Pflicht erfüllen sollen. Kommt sie nicht endlich, dann wird der Schlesische Landbund in dem Verzweiflungskampf für seine deutsche Scholle antreten. Das ganze Volk aber soll wissen, wo die Schuldigen sitzen, wenn er in diesem Kampfe untergeht."

Ist das wahr, Herr Curtius?

Viele Deutsche und vor allem das Ausland haben sich gewundert, warum Herr Curtius, derzeitiger deutscher Außenminister, aus Anlaß der Polendebatte und der übergroßen wirtschaftlichen Not Deutschlands **nicht das Reparationsproblem angeschnitten** oder wenigstens erwähnt hat. Der **„Daily Telegraph"** behauptet jetzt,

der deutsche Verzicht auf das Aufrollen der Reparationsfrage sei darauf zurückzuführen, daß **Frankreich dem geplanten Pump von 40 Millionen Dollars nur unter der Bedingung dieses Verzichts zustimmen wolle.**

Hat die Reichsregierung oder ein Minister auf das deutsche Lebensrecht verzichtet, um eine Anleihe von 40 Millionen Dollar zu erhalten???

Eine Ente.

Die Berliner Asphaltpresse faselt davon, **daß** die Nationalsozialisten einen „Katholischen Ausschuß" gegründet hätten. Das ist natürlich weiter nichts als eine der bekannten Zeitungsenten, die ja die Judenpresse von Zeit zu Zeit flattern lassen muß. Das fehlt uns gerade noch. Solche Dinge machen wir **natürlich** nicht mit.

Wann tritt Dr. Breitscheid zur KPD. über?

Die tiefe Enttäuschung des ewigen Außenministers der Sozialdemokratie Dr. Breitscheid, im Volksmund der „schöne Rudi" genannt, hat zu einer völligen Umstellung, oder sagen wir besser Demaskierung, geführt. Die nach der letzten Reichstagswahl sich ergebende Unmöglichkeit für Herrn Breitscheid, jemals in Deutschland zu dem von ihm sehnlichst erstrebten Ziele zu gelangen, hat ihn jetzt dazu geführt, die innigste Tuchfühlung zu nehmen **mit den russischen Fremdenlegionären** auf deutschem Boden, den Kommunisten. Im Haushaltsausschuß des Reichstages sitzt er Tag für Tag in „tiefschürfenden" Gesprächen mit dem Führer der KPD. Torgler und erhofft wohl hieraus eine Führerstelle im „Arbeiterparadies". Wir begrüßen das Fallenlassen der Maske dieses „deutschen Arbeiterführers" und rufen ihm ein frischfröhliches Freiheil-Rotfront zu.

Stadttheater.

Heute 15 Uhr: Geschlossene Vorstellung für die höh. Schulen: **Käthchen von Heilbronn.**
19.30 Uhr, **107. Ab.-V.**, Ende ungef. 23 Uhr
In der erfolgr. Neueinstudierung:

Don Juan
Große Oper von W. A. Mozart
Sonntag 15 Uhr (48. Nachm.-Vorstellung)
(Kleine Preise 60 Pfg. bis 5.50 Mk.).

Das Land des Lächelns
19.30 Uhr, **108. Ab.-V.**, Ende ungef. 23.15 Uhr
In der neuen Inszenierung:

Tannhäuser
Montag 20 Uhr: Geschlossene Vorstellung für den Arbeiter-Bildungs-Ausschuß.
Dienstag 20 Uhr, **109. Ab.-Vorst.**
Ende ungefähr 22.45 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch:

Lakme
Oper in 3 Akten, Musik von Leo Delibes.
Mittwoch nachmittag: Geschlossene Vorstellung für die auswärtigen Volksschulen.
20 Uhr, **110. Ab.-V.** Ende ungef. 22.45 Uhr

Die verkaufte Braut

Bremer Land Radio
Schüsselkorb 32|33
Kompl. Radio-Anlagen
Sprechapparate
Schallplatten

KLEINE ANZEIGEN

Dieser Raum steht stellenlosen Pg. zu dem niedrigen Preis von 50 Pfg. für 20 mm für Stellengesuche zur Verfügung. Erwerbslosen-Karte gilt als Ausweis. Als Ausdruck unseres Willens zur tatkräftigen Bekämpfung d. Erwerbslosigkeit gewähren wir auf Stellenangebote nach Entscheidung der Redaktion Nachlaß laut Tarif. / /

Stellengesuche

Jg. gel. Schlosser sucht Beschäftigung. Führerschein I u. IIIb. Angebote unter **K. 24** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu verkaufen.

Militärrock feldgrau, Ia. instand, Stahlhelmmütze, fast neu, Koppel billig. Off. u. M. 26 a. d. Geschäftsstelle ds. Bl.

Stellenangebote.

Alleinmädchen, nicht zu jung, das bürgerlich kochen kann für sofort oder 15. 2. in Haushalt von 3 Erwachsenen gesucht. Nachzufragen a. d. Gesch.-Stelle d. Zeitung.

15% Provision erhalten Verteiler für unseren erstklassigen **Kaffee** an Private (Geschäftsl. nat.-soz.). Angebote unter Nr. 27 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Otto Conradt
Großschlachterei und Fleischwarenfabrik.
ff. Bockwurst, Cornedbeef, sow. alle Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen
Falkenstraße 35 a.
Fernruf Roland 5693

Unterricht.

Wer **Frischens** Privat-Handels-Schule
Bredenstr. 14 besucht, erh. für ein einmal. mäß. Schulgeld Unterricht in allen Einzelfächern bis z. Erfolg

Engl. Unterricht (Auslandspraxis)
Hermann Ernst
Kölnerstraße 58.

Familienanzeigen finden in der B. N. Z. weiteste Verbreitung!

Heute Abend
gehen alle Nationalsozialisten in das Verkehrslokal
Ostbörse
v. d. Steintor 35
zum
Gemütlichen Abend
Pg. E. Grützmacher.

Patent Gebrauchsmuster- und Warenzeich.-Anmeldg. für In- u. Ausland durch Patent-Ingenieur
Otto Fritsch, Klosterstr. 2-5 a. d. T.

Echt Ammerländische Schinken
und Fleischwaren empfiehlt
Pg. Harbert A. Ulland
Bad Zwischenahn i. O.

Café Arcadia
Bahnhofstraße 6
Mittwoch, 11. Febr. 4 Uhr
II. Opern-Nachmittag
mit auserlesenetem Programm
Leit.: Musikdirektor W. Stülken
Eintritt frei!

Gutschein Nr. 1
Der Vorzeiger dieses Gutscheines kann bei Aufgabe einer
Familien-Anzeige
in der Größe von 10 Zeilen 2spaltig, diesen bei Zuzahlung von **1** *RM* in Zahlung geben.
Dieser Gutschein ist gültig bis zum 28. Februar 1931.
Bremer Nat.-Soz. Zeitung
Anz.-Abt. Bahnhofstr. 26 II

Parteigenossen
kaufen Betten, Aussteuerartikel, Damen- und Herrenwäsche, Unterzeug, Socken u. Strümpfe, in jeder Preislage sehr vorteilhaft bei
Pg. Georg Löbe
Lützowerstraße 85-87 Telefon Roland 10260

Den
Mey-Kragen
erhalten Sie in allen Weiten und Formen bei
Finke u. Co.,
Wegesende 9.
Herren-Moden

Paß-Bilder
schnell und billig.
Anfertigung aller Foto-Arbeiten.
Seckamp,
Admiralstraße 160.
(Ecke Hemmstr.)

Schuh-Reparatur!
Färberei / Neuanfertigung
Ia. Handarbeit!
Solide Preise!
Bestes Material!
G. Schween,
Schuhmachermst.
Membertstr. 46.
Eingang Dobben

Bruno Mulde Stempelfabrik Bremen Wegesende 8 Fernruf Roland 2666 Am Domshof 8

Heißmangel-Plätterei
Plätten die Std. 1.90
Abhol. u. bringen frei
Block, Lessingstr. 10

Honig!
Deutsch. Lindenblüten- und Heidehonig,
5 Pfd.-Büchse 6.25,
9 Pfd.-Büchse 10.80
frei Haus. Parteigenosse
Hans Schierloh
Habenhausen
Fernspr. Hansa 40083

Die Vertretung bezw. Generalvertretung
für die rühmlichst bekannten
Reklame Kristall - Kleintransparente
mit auswechselbaren Textplatten (für Schaufenster, Läden und Gaststätten) der Brüggemann-Werke ist für größere deutsche Bezirke ferner eventl. getrennt
für Export zu vergeben.
Anfragen und Adressenmaterial, auch für das Ausland, vorhanden.
Angebote: **Bremen, A. d. Aue 2.**

Professor der Theologie in Bonn
Karl Barth
Die Not der evangel. Kirche
Vortrag in der Aula des Realgymnasiums Kaiser Friedrichstraße
Freitag, 13. Febr. 20½ Uhr.
Karten zu 1 Mk. (Jugendliche die Hälfte) bei v. Halem, Storm, Arndt-Buchhandlung und an der Abendkasse.

Vergiss nicht
Mitglied der
„Gemeinnützigen „Bürgerlichen Bestattungskasse"
Kurze Wallfahrt 9 (Ecke Molkenstr.) zu werden. Diese sorgt für Dich und Deine Familie für kostenlose, würdige Bestattung im Todesfall. Beitrag monatlich 50 Pfg. **pro Familie.**

Naumann **Erika**



Preisausschreiben

1. Preis: Eine **„ERIKA"** im Werte von **260** RM. für dasjenige Kennwort, das die Vorzüge der Erika am treffendsten bezeichnet. (Warum Sie gerade eine „ERIKA" kaufen würden.)
2. Preis: Eine **„ERIKA"** im Werte von **260** RM. für das beste (auch Amateur-)Photo „An der Erika" (daheim oder im Beruf).
3. Preis: Eine **„ERIKA"** im Werte von **260** RM., für den besten Zweizeiler über die Erika.
4. Preis: Eine **„ERIKA"** im Werte von **260** RM. für die beste Kurzgeschichte über die Erika.
5.-25. Preis: Zus. etwa **300 RM.** in bar und
26.-50. Preis: Je ein echt silberner Drehbleistift für die nächstbesten Einsendungen.
Bewerbung für mehrere Preise gleichzeitig ist gestattet. Wer schon eine „Erika" besitzt und den Preis in bar vorzieht, wird gebeten, Nummer seiner Maschine und ein Zeugnis beizufügen. Die Entscheidungen der Prüfungskommission sind unanfechtbar. Prämiierte Arbeiten gehen in unseren Besitz über. Rücksendung nicht prämiierter Arbeiten ist unmöglich. Einsendungen bis **28. Febr. 1931** unter Erika-Preisausschreiben an die
A.-G. vorm. SEIDEL & NAUMANN - DRESDEN

Generalvertreter:
DANIEL SCHAD
nur Langenstraße 30

Warenhäuser und Konsumvereine sind die Totengräber des deutschen Volkes!!

Die
zinslose Tatbewegung!



Zinslose Darlehn für Eigenheim-Bau und Hypotheken-Ablösung.
Auskunft durch:
Bau- u. Wirtschaftgem.
e. G. m. b. H., Bremen, Martinistr. 12

---

400 R.-Mk.
von Parteigenossen, Geschäftsmann, zur Ablösung einer Restschuld gegen Ia Sicherheit bei monatlicher Rückzahlung sofort gesucht. Angebote unter O 28 an die Gesch.-Stelle d. Bl.

Buchstelle für den gewerbl. **Mittelstand**
Bruno Westermann
Am Dobben 110 Hansa 44227

Bewie
Fachgeschäft für
Damenputz
Pelzerstraße 4

Herren-Frisier-Salon
Marktstr. 20 und Petristraße
Erstkl. schnelle Bedienung
Solide Preise
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Parteigenossen gegen Ausweis halbe Preise

Es ist leicht für Dich . . .

einen neuen Bezieher für die B. N. Z. zu werben und dadurch mitzuhelfen am Aufbau Deiner Zeitung.

Schreibe Name und Adresse des Neugeworbenen auf einen Zettel und sende diesen an die Geschäftsstelle der

Bremer Nationalsozialistischen Zeitung

Bahnhofstr. 26.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

7. Februar 1931

Severing kennt die Reichsverfassung nicht

Die Reichsverfassung verbürgt jedem Beamten die Freiheit seiner politischen Gesinnung. Herr Severing aber beantragt beim Reichstag die Genehmigung zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten, Regierungsrat a. D. Kneseбeck. So sehen die „Hüter der Staatsautorität" in Wirklichkeit aus. Wir aber fragen: Wie lange noch darf ein preußischer Innenminister dauernd die Reichsverfassung verletzen, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden?

Demokratische „Gesinnungsschnüffelei".

Der Berliner Universität ist seit einiger Zeit ein Institut für Zeitungskunde angegliedert, das durch staatliche Zuschüsse unterhalten wird und der Aufsicht des preußischen Kultusministeriums untersteht. Leiter dieses Instituts ist Professor Dovital, der von der sogenannten staatsbürgerlichen Presse nach Mosse, Ullstein usw. immer als Paradepferd und Kronzeuge ihrer „Objektivität" benützt wird. Neuerdings scheint unter dem harmlosen Deckmantel der Zeitungswissenschaft eine merkwürdige Form der Gesinnungsschnüffelei betrieben zu werden. Es sind nämlich in den Volks-, Mittel- und höheren Schulen in Berlin und Brandenburg Fragebogen verteilt worden, auf denen die Schüler u. a. Auskunft über die Art des von ihnen und in ihrem Elternhause gelesenen Tageszeitungen geben sollten. Diese zweideutige Schnüffelei läuft unter dem Motto: „Presse, Rundfunk und Jugend-Umfrage, veranstaltet vom Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin, in Verbindung mit Behörden und Jugendorganisationen".

Man erinnert sich noch der kürzlich in einer nationalsozialistischen Anfrage im Landtage gekennzeichneten Mißstände, wonach die Anstaltsleitungen mit allen möglichen Mitteln, durch endlose Verhöre u. a., aus den Schülern ihre und die Gesinnung der Eltern erpressen wollten. Man scheint nun „demokratischer" vorgehen zu wollen und hofft, daß die Jungens auf diesen süßen Schmutz hereinfallen werden. Wozu doch so ein „wissenschaftliches" Institut alles taugt.

Ein Hakenkreuz über der Nordsee.

Emden, 3. Februar. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Emder Zeitung": Wohl zum ersten Mal fuhr Freitag und Sonnabend ein Nordseekutter unter dem roten Hakenkreuzbanner auf der deutschen Nordsee. Reichstagsabgeorneter Spangemacher sprach auf Norderney und rüttelte die Insulaner des bekannten ostfriesischen Eilandes wach. Eine etwa 70 Mann starke S. A. von der Wasserkante hatte sich einen Kutter gechartert, auf dem schon im Norddeicher Hafen das Hakenkreuzbanner gehißt wurde. Dem abfahrenden Kutter grüßten von der Kajung aus eine Reihe Seefischer mit erhobener Hand. Stolz wehte die Hakenkreuzflagge über dem Meere und im Tauwerk pfiff der Wind uralte Wikingermelodien. Auf der Insel Norderney machten die Braunhemden nach der Landung zunächst einen Umzug, der den ganzen Ort wachtrommelte. In hellen Scharen lief die blonde Inseljugend nebenher und grüßte begeistert: „Heil Hitler". Die Versammlung selbst verlief vollkommen ungestört, da etwa 150 Kommunisten, die den Saal stürmen wollten, gleich zu Beginn der Versammlung an ihrem Vorhaben gehindert wurden. Am andern Morgen fuhr die S. A. mit ihrem Kutter nach dem Festlande zurück.

Das deutsche Handwerk im Monat Januar.

Nie zuvor erreichter Tiefstand.

Die vorliegenden Berichte über die wirtschaftliche Lage des deutschen Handwerks im Monat Januar sind diesmal durchweg besonders ungünstig. Wohl gehört, so heißt es in dem Bericht des Reichsverbandes des deutschen Handwerks mit dem Sitz in Hannover, der Berichtsmonat für die Mehrzahl der Handwerksberufe stets zu den stillen Geschäftsmonaten; in diesem Jahr hat jedoch in Uebereinstimmung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise das Beschäftigungsniveau im Handwerk einen Tiefstand erreicht, wie nie zuvor. Während in normalen Jahren wenigstens einige Bekleidungshandwerke unter dem Einfluß der Festlichkeiten und sonstigen gesellschaftlichen Veranstaltungen in dieser Zeit sowie ein Teil der papierverarbeitenden Handwerke, wie Buchdrucker und Buchbinder gut beschäftigt zu sein pflegen, melden in diesem Jahr auch diese Berufe übereinstimmend große Geschäftsstille. So berichtet beispielsweise das Friseurgewerbe, das während der Faschingszeit sonst stets Hochkonjunktur aufzuweisen hatte, über weitere ungenügende Beschäftigung. Auch in der Herren- und Damenschneiderei fallen die sonst üblichen Aufträge für die Gesellschaftskleidung nahezu völlig aus. Die Nahrungsmittelwerke haben ebenfalls unter der allgemeinen Einschränkung der Festlichkeiten empfindlich zu leiden. Trotz verhältnismäßig milder Witterung, die eine Weiterführung der Bautätigkeit mit nur kurzen Unterbrechungen gestattet hatte, ruhte infolge der Schwierigkeiten bei der Baufinanzierung auch die Tätigkeit des Bauhaupt- und der Baunebengewerbe fast völlig. — Die Betriebsinhaber mußten wegen völligen Auftragsmangels zum Teil sogar ihr Stammpersonal entlassen. Als natürliche Folge des allgemeinen Konjunkturrückganges haben sich die Verhältnisse am Geld- und Kreditmarkt immer mehr verschlechtert. Das Borgunwesen nimmt zu. Der Verdienst ist auf ein Mindestmaß herabgedrückt, um dem starken Wettbewerb begegnen zu können. Vielfach werden Aufträge ohne jeden Verdienst übernommen, um eine Schließung der Betriebe vermeiden zu können.

Immer noch große Bewerberbewegung auf dem kaufmännischen Stellenmarkt.

Nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des D.H.V. hielt der Bewerberzugang auch im Januar 1931 an. Trotzdem erst im Februar die Kündigungen zum Quartalstermin zu erwarten sind, überstieg die Zahl des Bewerberzuganges bereits im Januar die des Vormonats. Stärker beteiligt sind das Baugewerbe, die Metall- und Textilindustrie. Die aus Anlaß der neuen Tabaksteuererhöhung zunächst vorsorglich ausgesprochenen Kündigungen führten im Januar in zahlreichen Fällen zu Entlassungen. Die Einstellung von Aushilfen für die Inventurausverkäufe und Jahresabschlußarbeiten war gering. Eine große Beunruhigung des kaufmännischen Stellenmarktes verursachen immer noch die zum Zwecke der Abänderung der Anstellungsbedingungen ausgesprochenen Massen- und Einzelkündigungen. Sie führten, entgegen den ursprünglich getroffenen Vereinbarungen angesichts der unklaren Wirtschaftslage oft zu Entlassungen. Nach Lage der Verhältnisse darf es als kleiner Lichtblick gelten, daß wenigstens die Zahl der erteilten Besetzungsanträge und erzielten Vermittlungen seit etwa drei Monaten nicht weiter zurückgegangen ist. Im Januar ist sogar eine geringfügige Besserung eingetreten. In ihrer Relativität ist sie aber zu unbedeutend, um aus ihr erste Anzeichen beginnender Besserung deuten zu können.

Die schwierige Lage des kaufmännischen Stellenmarktes kennzeichnet die von der kaufmännischen Stellenvermittlung des D.H.V. errechnete Andrangsziffer (Bewerber auf eine neu zu besetzende Stelle): 34,7 im Januar 1931 und 13,5 im Januar 1930.

Dissidenten im evangelischen Schulvorstand.

Wilhelmshaven. Der erst kürzlich gewählte Schulvorstand der evangelischen Volksschulen wurde in seiner ersten Sitzung auf Antrag der Nationalsozialisten wieder aufgelöst, weil er nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprach. Es dürfen ihm nur Personen des evangelischen Bekenntnisses angehören, während alle vier von der Sozialdemokratie in den Schulvorstand gewählten Mitglieder Dissidenten sind.

Landungsfahrt des „Zeppelin" nach Hannover.

Voraussichtlicher Besuch im Sommerhalbjahr.

Hannover. Die Verhandlungen, die das städtische Fremdenverkehrsamt schon seit längerer Zeit mit der Zeppelingesellschaft in Friedrichshafen gepflogen hat, haben grundsätzlich zu der Abmachung geführt, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" im kommenden Sommerhalbjahr eine Landungsfahrt nach Hannover unternehmen wird. Landungsplatz wird die Bahrenwalder Heide sein. Der Tag wird noch genau festgesetzt.

Kreuzer „Leipzig" tauscht mit Linienschiff „Hannover"

Wilhelmshaven. Der neue Kreuzer „Leipzig", der, wie berichtet, im Herbst in Dienst gestellt werden soll, wird von der Besatzung des Linienschiffes „Hannover" übernommen.

Das alte Linienschiff, das bei der jetzt beendeten Werftliegezeit nur für das Notwendigste überholt worden ist, soll außer Dienst gestellt werden, da ein Jahr später, 1932, ja das Panzerschiff A fertig ist. Der Kreuzer „Leipzig", der zuerst von der Besatzung des Kreuzers „Emden" in Dienst gestellt werden sollte, soll im Herbst mit einem Teile der „Hannover"-Besatzung in Dienst gehen, der Kreuzer hat eine kleinere Besatzung als das Linienschiff. Aus dem Verbande der Linienschiffs-Division scheidet ein Linienschiff für die Dauer bis 1932 aus. Die Division wird erst durch das neue Panzerschiff auf vier Schiffe wieder vervollständigt.

Die „Emden" in Ceylon.

Wilhelmshaven. Kreuzer „Emden" hat in Colombo (Ceylon) Brennstoff ergänzt und hat seinen Aufenthalt für sechs Tage nach dem gleichfalls auf Ceylon gelegenen Hafen Trinkomalo verlegt.

Hinnerk, der Hahn.

Von **„Hinnerk"**, einem aus **Worpswede** stammenmenden sonderbaren Hahn, dessen ganzes Leben aus einer einzigen Kette von Heldentaten und Abenteuern bestand, erzählt Wilhelm Scharrelmann in dem von ihm verfaßten Buche „Hinnerk der Hahn". Der schlichte, volksechte Stoff hat nun einen Schauspieler aus Hannover verlockt, die von Scharrelmann erdachte hübsche Geschichte so umzuarbeiten, daß sie als Schattenspiel vor ein größeres Publikum gebracht werden kann. Die Umgestaltung ist in der Tat trefflich gelungen. Am Montag nachmittag hat Heinz Ohlendorf Hunderten Bremer Schulkindern im großen Saal des Museum die eigenartige „Historia" vom Hahn, der in die Welt hinausgewandert war, in eindrucksvollen von Fräulein Wolski geschnittenen Schattenbildern vorgeführt. Die hinter weißer Bühnenscheibe aufsteigenden beweglichen Tierfiguren riefen immer wieder das helle Entzücken einer Jugend hervor, die noch fähig ist, sich am Einfachen und Echten zu erfreuen. Und als abends die Erwachsenen — im Programm als „Kinder bis zu achtzig Jahren" bezeichnet — ihre Sondervorstellung bekamen, waren Jubel und Beifall ebenfalls reichlich. Das waren sinnige Darbietungen, bei deren Anblick man sich zurückversetzt fühlen konnte in ruhige weit vor unserer hastenden Zeit liegende Tage. Es war wie ein Ausschnitt aus vergangenen Jahrzehnten, in denen der Künstler auf unentnervte Menschen noch mit kleinen Mitteln unter Weglassung jedes gesuchten Effekts Eindruck machte.

Es treten nur Tiere handelnd auf. Tiere, wie sie sich finden in den Dörfern und Fluren unserer niedersächsischen Heimat: Ziegen, Hühner, Tauben, Schnepfen, Lerchen. Sie führen Zwiegespräche und sagen den Menschen mitunter gründlich die Wahrheit, unverblümt und herzerfrischend. Und durch alles und in allem weht die tiefe Poesie derr Worpsweder Moorgegend.

Wir können hier nicht die ganze Geschichte erzählen, nicht alle Erlebnisse und Fährnisse melden, die Hinnerk, dem wanderlustigen Hahn, auf seiner Weltfahrt begegneten. Manch wahrhaft rührender Zug liegt in mancher der Episoden. Am rührendsten aber erscheint mir jene Szene, die schildert, wie Hinnerk, nachdem er es in der Welt „dick gekriegt", reumütig zurückkehrt auf seinen Hühnerhof, und wie ihn die gutmütige alte Bäuerin treuherzig begrüßt mit den Worten: Süh, da is he, min Hinnert, un he fritt mi ut de Hand — — —!"

So und ähnlich findet sich viel Schönes und Kostbares in dem Schattenspiel, das ja nun in Bremen wohl vorerst nicht wieder aufgeführt wird. Wer's nicht gesehen hat, hat tatsächlich etwas Wertvolles versäumt. Er findet aber Ersatz beim Lesen des Buches, das in seinen Blättern für alle Zeiten festhält, was auf abenteuerlicher Fahrt erlebte:

„Hinnerk, der Hahn". M.

Moeven an der Weserbrücke.

Nebel über weitem Land. Diesige Luft hängt lastend in Gassen und Straßen. Rauhreif ziert Dächer und Bäume. Aus feuchtkaltem Dunst ragen Umrisse gewaltiger Eisenbogen der Weserbrücke. Des Stromes brackige Fluten gurgeln hastend meerwärts, fahl und trüb. Strudel zittern kreisend auf, fallen schäumend zusammen, zeichnen weiß-quirlende Streifen auf graues Wasser.

Stromab, dort, wo sich die Kaiserbrücke als leichte Skizze schwach aus matter Dämmerung heraushebt, flattern Möven. Wirbeln und schwingen, steigen und sinken in dichtem Schwarm. Von weitem sieht's aus wie Schneeflockentreiben ....

Am Geländer der Weserbrücke steht ein alter Mann, der sinnend dem fernen Möventreiben schon geraume Zeit zugeschaut hat. Schließlich greift er bedächtig in weite Rocktaschen, holt Brotreste heraus, wirft sie hinab .... einmal ..... zweimal ...

Und nun geschieht etwas Eigenartiges. Tausend Meter weit, durch Nebel und Dunst hindurch, müssen die weißen Vögel mit scharfen Augen erkannt haben, was hier geschah. Der ganze Schwarm nimmt plötzlich, wie auf Kommando, eiligen Kurs stromauf. Gleich einer hellen Wolke stiebt es heran, schreit und kreischt, hemmt schwirrenden Flug, sperrt hungrige Schnaebel gierig auf, dreht seitlich ab in graziösem Schwung. Dann hebt ein Gleiten an, ein Segeln, Schweben ... Heiseres Rufen, Gillen und Schnattern bittet und heischt: „.. gib mir einen Brocken!"

Mit ruhiger Hand wirft der Alte karge Reste von Broten und Semmeln den Moeven zu. Fast regelmäßig fängt einer der zutraulichen Vögel den Happen im Fluge schon. Immer neue Tiere schwirren herbei. Vom Wasserturm her zieht ein weiterer Schwarm. Hundert sind's bereits, oder noch mehr.

Brückenpassanten bleiben stehen, freuen sich am reizvollen Schauspiel. Geben sich Mühe, jede hastige Bewegung zu unterlassen, um keins der Tiere scheu und ängstlich zu machen.

Nun hat ihnen der Alte die letzte Rinde zugeworfen. Still sieht er sich im Kreise um, lächelt, schreitet der Neustadt zu. Die Zuschauermenge löst sich auf. Bald zeigt der Fußsteig der Brücke wieder das gewohnte Bild: frierende Menschen, die hinüber — und herübereilen, die Hände tief hineingegraben in wärmende Manteltaschen.

Eine Weile noch tummeln sich die Möven, schreien und schnattern, schweben und flattern in kunstvollem Flug. Dann streichen sie ab zur Kaiserbrücke hin, wo vielleicht auch jemand Futter ins Wasser wirft ..

W. R.

Haake-Beck das deutsche Qualitätsbier

Neger über Frankreich.

Der Weg eines schwarzen politischen Schiebers.

Von Adolf Hasselbach, z. Zt. Paris.

Die französische Politik hat sich gezwungen gesehen, einen Kolonialen nunmehr auch in die Zentralregierung aufzunehmen. Sie hatte die Wahl zwischen hochkultivierten Asiaten, durch Jahrhunderte hindurch im engsten Verkehr mit den Weißen zu einiger Zivilisation hochgezüchtete amerikanische Neger, Nachkommen der dorthin einst verschickten Sklaven, und urafrikanischen Negern. Die Berufung des Schwarzen Blaise Diagne erweist, daß die Franzosen auf ihr riesenhaftes afrikanisches Kolonialreich das Hauptgewicht legen und in diesem wiederum Französisch-Westafrika einen besonderen Vorzug einräumen. Dieses Land von der nahezu achtfachen Größe des heutigen Deutschland mit einer Gesamtbevölkerung von fast 14 Millionen Schwarzen und 15 000 Weißen besitzt in der Senegalkolonie einen schon hochentwickelten wirtschaftlichen Kern. Dakar, der senegalische Haupthafen, ist auch in Deutschland bekannt als oft erwähnter Fliegerstützpunkt. Ursprünglich war nicht dieser Platz, sondern die bei ihm liegende Goree das Einfallstor in die Länder um den Senegal. Auf dieser etwas dürftigen Felseninsel ist der nunmehrige stellvertretende französische Kolonialminister geboren.

Seine Entwicklung ist kennzeichnend für den landläufigen Weg des französischen Politikers zur Macht überhaupt. Zwischen Schwarzen und Weißen wird in Frankreich an und für sich kein nennenswerter Unterschied gemacht. Im Bereich von Marseille und anderen südfranzösischen Punkten trifft man heute schon breite Landstriche mit ausgesprochener Mulattenbevölkerung. Frankreich ist dabei, vom Süden her durch den afrikanischen Neger erobert zu werden. Während des Krieges verbanden sich viele Tausende Französinnen nicht nur in freier oder besser wilder Liebe mit den kräftigen Burschen aus den afrikanischen Steppen und Urwäldern, sondern gingen mit ihnen auch in zahlreichen Fällen ohne jeden Rassenstolz eine Dauerehe ein. Der Stillstand in der abwärts weisenden Bevölkerungsbewegung Frankreichs nach dem Kriege wurzelt nicht nur in dem Zuschlag einer gesunden und unverbrauchten Bevölkerung des deutschen Elsaß-Lothringen, sondern nachweislich auch in dem jahrelangen Aufenthalt von Millionen Männern ungeschwächter Rassen, ausdrücklich auch der afrikanischen Negerstämme, auf französischem Boden. Heute sinkt die Bevölkerung Frankreichs schon wieder ab, wenn auch die Volkskraft der beiden deutschen Provinzen an Frankreichs Ostgrenzen und die südfranzösische Negerüberflutung den Allgemeindurchschnitt der Geburtenziffer noch nach oben drücken.

Die Bereitstellung von mindestens 120 000 Gewehrträgern aus dem Senegal dankt Frankreich allein der Tätigkeit des Abgeordneten Diagne. Als Abkömmling einer Negerfamilie auf der Insel Goree, die schon seit 1635, dem Jahre ihrer Besitzergreifung durch Frankreich, französischem Einfluß unterstand, bestanden für ihn keine Schwierigkeiten, die übliche Laufbahn des Lesens und Schreibens kundiger Neger in der unteren und mittleren Kolonialverwaltung des Senegal anzutreten. Seine Brauchbarkeit im übelsten Sinne, seine Neigung zu einer willfährigen Ausbeutung der schwarzen Stammesgenossen im Dienste der französischen Blutherrschaft, verschaffte ihm den Weg der französischen Blutherrschaft, verschaffte ihm den Weg zu höheren Posten; er gelangte in die Zollverwaltung und damit auch an die so reichlich fließenden kolonialen Quellen verbrecherischen Nebenverdienstes durch Bestechungen, Schwindeleien und Betrügereien.

So erwarb er sich ein erhebliches Vermögen für die Betreibung seines höchsten Zieles, dem, als Abgeordneter des Senegal in die französische Kammer hineinzukommen. Sein fabelhaft entwickelter Geschäftsgeist ließ ihn erkennen, daß die Politik ungeahnte Bereicherungsmöglichkeiten auf mühelosem Wege in sich schließen müsse; denn die französischen Abgeordneten wurden bei Kolonialreisen von den Weißen ja wie die Götzen der Urwaldneger behandelt. Noch kurz vor dem Kriege schlüpfte er in die Abgeordnetenkammer der französischen Republik. Vielleicht war es ihm gar nicht einmal angenehm, daß er dort auf andere Abgeordnete seiner Hautfarbe in Massen traf. Da waren unter anderem die seinen schwarzen Herren aus Guadeloupe, Reunion und anderen französischen Kolonien, die zum Teil sogar Vertreter in den Senat entsenden, mindestens aber Sitze im Obersten Kolonialrat erlangen.

Die Zeit war Diagne jedoch günstig. Frankreich sah gewiß mit Befriedigung auf die schwarzen Amerikaner. Vorteile erwartete es während des Krieges aber allein von den schwarzen Afrikanern. Durch persönliche Verwendung Clemenceaus wurde Diagne Oberkommissar für die Mobilisierung der Neger und erledigte diese Tätigkeit mit einer Gewissenlosigkeit, die ihm selbst bei der französischen Presse, soweit sie die Vernegerung Frankreichs mit Sorge betrachtet, schwerste Beschuldigungen als neuzeitlichen Sklavenjäger eintrug. Dagegen hat sich Diagne erfolgreich in Prozessen zu wehren verstanden, nicht weil er im Recht war, sondern weil er über eine planmäßige gepflegte politische Macht verfügt. Er hat kein Geld, kann sich die besten weißen Rechtsanwälte kaufen, als Abgeordneter im Ohr des Justizministers liegen, den Kolonialminister durch Zuckerbrot und Peitsche, Versprechungen und Drohungen, für sich und seine Zwecke einsetzen und macht von all diesen Möglichkeiten mit unleugbarem Geschick reichlichen und schonungslosen Gebrauch. Er selbst brachte einen hohen französischen Kolonialbeamten vor den Richter, wobei er es verstand, sich in die Rolle des zu Unrecht Angeklagten hineinzumanövrieren. Er streute so zahlreiche Verdächtigungen über den Mann aus, daß die Kolonialbehörde die Anklage einfach erzwingen mußte. Nun stieß der schlaue Neger mit seinem Material vor und setzt fielen eine Anzahl Streiflichter auf die Korruption in der französischen Kolonialverwaltung, die zu einer sehr raschen Freisprechung des Schwarzen führten, was seine Machtstellung natürlich stärkte. Was an diesem Mann auch den Franzosen so ungemein stört, ist die Unverfrorenheit, die Frechheit, mit der er seine politischen Verbindungen zu Spekulations- und Geschäftszwecken ausnutzt. Mit Freuden ergriffen die Sozialistischen Republikaner, die Partei Briands, eine Gelegenheit, um ihn aus ihrer Mitte zu entfernen. Aber der Schwarze hat eine Partei gar nicht mehr nötig. Er nistete sich in der führenden Clique der französischen Politik derart fest ein, daß man an ihm doch nicht vorüber zu gehen wagt, und ihn nun den weißen Franzosen als Mitregenten vorgesetzt hat. Auch ein Zeichen des inneren Verfalls Frankreichs.

Zentrumsschwindler!

Die Oldenburgische Volkszeitung in Vechta

bringt in ihrer Montagsnummer vom 2. Februar d. Js. unter der Ueberschrift

Hitlers Selbstbekenntnis

einen Artikel, der an Unverschämtheit kaum noch zu übertreffen ist. Ob man in der Vechtaer Redaktionsstube wohl der Meinung ist, daß der Illustrierte Beobachter, den die Oldenburgische Volkszeitung anführt, und in dem Adolf Hitler einen Artikel „Kampfkraft und Auslese" schrieb, von ihren Lesern nicht gehalten wird. Dann befindet sie sich in einem schweren Irrtum. Seit einigen Tagen kommen empörte Leser der Volkszeitung zu uns bezw. überschütten uns mit Zuschriften, daß wir uns gegen diesen

groben Schwindel

wehren sollen.

Wir raten allen Lesern der Oldenburgischen Volkszeitung dieses Lügenblatt künftig nicht mehr ernst zu nehmen. Dieses saubere Blatt reißt den Artikel Adolf Hitlers auseinander und flickt die einzelnen Sätze nach ihrem Gutdünken wieder aneinander. Adolf Hitler spricht in dem fraglichen Artikel garnicht von unserer Bewegung, sondern von all den vielen Organisationen die kamen und wieder zerbrachen.

Lügt nur ruhig weiter schwarze Tanten. Wir werden nächstens all euren Lesern auf deutsch sagen, was man von euren Schwindeleien zu halten hat.

Marxistische Lüge.

Entgegen dauernd verbreiteten Lügen der marxistischen Presse, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete v. Corswant polnische Landarbeiter beschäftigt, stellen wir fest, daß Pg. v. Corswant keinen ausländischen Arbeiter in seinen Diensten hat.

Aus dem Sowjetparadies.

Jetzt auch Kohlen- und Holzkarten.

Moskau, 4. Februar. Die Sowjetregierung hat im Zusammenhang mit dem Brennstoffmangel beschlossen, Karten für den Verkauf von Kohlen und Holz in allen Städten der Sowjetunion einzuführen. Die Einführung des Kartensystems nunmehr auch auf die lebenswichtigen Rohprodukte wird mit der Bekämpfung der Brennstoffspekulation begründet.

Nationale Nothilfe.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP. ist geschlossen der Nationalen Nothilfe beigetreten.

Auch der „Angriff" verboten.

Werbt für eure Kampfpresse!

Berlin. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums ist die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff" auf Grund des Republikschutzgesetzes wegen Billigung einer Gewalttat bis einschl. 16. Februar verboten worden. Dem Verbot liegt ein Artikel zugrunde, der am 3. Februar im „Angriff" unter der Ueberschrift „Volkszorn über den Roten. — Gegen den Reichsbannerterror am Rhein" erschienen ist.

Die Unterdrückungsmethoden gegen die nationalsozialistische Presse werden fortgesetzt. Außer dem „Angriff" sind zur Zeit der „Völkische Beobachter" und die „Schlesische Tageszeitung" verboten. **Nationalsozialisten! Beantwortet diese Verbotsmaßnahmen mit einer verstärkten Werbung für die Bremer Nationalsozialistische Zeitung.**

Beschlagnahmt!

Wie wir soeben erfahren, ist das Buch „Gefesselte Justiz" beschlagnahmt.

Gastspiel der Nationalsozialistischen Volksbühne Berlin.

Am 5. März 1931 gastiert erstmalig im Casino auf den Höfen die Nationalsozialistische Volksbühne, Berlin. Zur Aufführung gelangt „Der Wanderer", ein Spiel von dem bekannten Politiker Dr. Josef Goebbels, Berlin. Das Stück behandelt in einem Vor- und Nachspiel, sowie 10 Bildern, Zeitprobleme von heute in packender Form. Außer der Uraufführung im Wallner-Theater, Berlin, dem ständigen Sitz der N.S.-Volksbühne, fanden dort eine ganze Reihe Wiederholungen statt. Ebenso fand die scharf gezeichnete Zeitsatire in Wiesbaden, Weimar, Plauen, Magdeburg, Braunschweig, Naumburg, Zeitz usw. stärktes Interesse und hinterließ tiefsten Eindruck.

Auch für das hiesige einmalige Gastspiel ist mit einem starken Besuch zu rechnen, deshalb ist die rechtzeitige Kartenbesorgung im Vorverkauf zu empfehlen. **Der Vorverkauf beginnt am Montag, dem 9. Februar, auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13I, in der Zeit von 8.30 Uhr bis 20 Uhr. Preise der Plätze einheitlich 1,50 Mark.**

Bremer Stadttheater.

Das Käthchen von Heilbronn.

Hart und nüchtern ist das Antlitz unserer Zeit. Der unerbittliche Kampf um den Bestand unseres deutschen Volkes, auf den mit Zwang alle unsere Sinne gerichtet sind, hatte unsere Herzen stählern gemacht und alle weiche Gefühlsseligkeit aus ihnen verbannt. In einer solchen Zeit der Kampfesshärte muß eine Aufführung des Käthchens von Heilbronn mit all ihrem märchenhaft-mystischen Zauber zunächst wie etwas Fremdes aufgenommen werden, zu dem man sich erst hintasten muß, um in Beziehung zu ihm zu kommen. Aber diese Beziehung ist schnell hergestellt. Denn was uns aus diesem in seinem Gehalt so übersinnlich zarten und dann wieder derb natürlichen Spiel entgegendringt, ist die Seele des deutschen Volkes, nach der wir in der Unzahl modernster Dichtererzeugnisse vergebens suchen. Die Elemente deutschen Wesens drängen an uns heran, und wir spüren die Kräfte, die berufen sind, die deutsche Kunst der Zukunft zu erschaffen, in der die Seele unseres Volkes ihren neuen und doch alten Ausdruck findet.

Dem Käthchen lebt die hingebende Treue und Reinheit weiblichen Wesens, das nur eines kennt, dienend zu lieben und zu opfern. Ihre Gestalt ist es vor allem, in der sich der saubere klare Geist des Stückes verkörpert hat, der reinigend und läuternd auch auf den Zuschauer übergeht.

Die Inszenierung durch Adolf Rampelmann hat dem in sich vielfach unausgeglichenen Drama zu einer glücklichen Wirkung verholfen. Ein gesunder, mehr auf das Lustspielhafte abgestimmter Ton durchzieht die Reihe der Szenen, und gibt dem Ganzen den Charakter einer einheitlichen Geschlossenheit.

Otto Wenkes Graf Wetter vom Strahl, war das Abbild ritterlicher Kraft. Neben ihm Charlotte Löffler, die die kindlich rührende Gestalt des Käthchens durch ihr einfach inniges Spiel glaubhaft zu machen wußte. Aus der Fülle der Gestalten seien sonst vor allem genannt: Hansjoachim Büttners sehr feinsinnig aufgefaßter Kaiser. Josepha Floras mütterlich vornehme Gräfin, Hans Gerlachs, ehrbarer Theobald, Reinhold Rietschmanns temperamentvoller Flamenberg, der in seiner Betrunkenheit prachtvolle Rheingraf Philipp Orlemanns, Carl Rehders, Kaiserlicher Rat und Walter Thomas humorvoll biederer Gottschalk. Lucy Schechs Kunigunde war allerdings nur ein kokettes, zeterndes Weib, in dem man keine wahre Bestie und Giftmischerin erkennen konnte. Alle übrigen Darsteller fügten sich auf das beste dem ganzen Spiel ein.

Die Bühnenbilder von Theodor Schlonski waren in ihrer stillklaren Einfachheit und farblichen Schönheit eindrucksvoll. — Der starke und herzliche Beifall am Schluß zeigte, daß das Stadttheater sich durch die Aufführung des Käthchens die Sympathien des Publikums erworben hat. Und wir können unsererseits nur wünschen, daß das Schauspiel, und nicht zuletzt das klassische, die Pflege, die das Stadttheater ihm bisher hat angedeihen lassen, auch in Zukunft weiterfindet. Der bremische Staat aber sollte in Beziehung darauf seiner kulturellen Aufgaben eingedenk bleiben, zu denen es heute mehr denn je verpflichtet ist. -w-

Neudeutsche „Sozialpolitik".

Die teuren Krankenkassen.

Daß Zentralisation in der Krankenversicherung gleichbedeutend sei mit Verbilligung — wie oft hat man das in den vergangenen Jahren hören müssen! Da ist es wirklich sehr „aufschlußreich", was die „Soziale Zukunft" (Nr. 21-1930) vor einiger Zeit über die Praxis des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen zu berichten wußte:

Als die Krankenkassen nach Inkrafttreten der Juli-Notverordnung neue Krankenscheinformulare gebrauchten, erbot sich der Hauptverband zur Beschaffung durch die für ihn arbeitende Druckerei Richter G.m.b.H., Charlottenburg, zum Preise von RM. 12.50 je 1000 Stück. Auch die Ortskrankenkasse Berlin-Lichterfelde, die 200 000 Krankenscheinformulare benötigte, gehörte zu den Adressaten dieses Rundschreibens. Vorsichtigerweise holte diese Kasse jedoch ein Gegenangebot bei einer lokalen Druckerei ein, wobei sich herausstellte, daß die gleichen 200 000 Formulare, für welche die Druckerei des Hauptverbandes 2500 RM. haben wollte, dort nur 1454 RM. kosteten. „Daß" — so fährt die „Soziale Zukunft" fort — „die Ortskrankenkasse Lichterfelde auf die Segnungen der Zentralisation, die in diesem Falle einen Sonderbeitrag von 1046 RM. gekostet hätte, verzichtete, werden ihr die Versicherten und ihre Arbeitgeber zu danken wissen".

Was hat es nun mit diesem zentralisierten aber kostspieligen Druck auf sich? Wie liegen die Dinge bei der Druckerei?

Wie alle GmbH's, so hat natürlich auch die „Verbandsdruckerei" Richter einen Geschäftsführer, und dieser Geschäftsführer ist ausgerechnet der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Herr Stadtrat Ahrens. So will es der Zufall, und er will noch mehr. Von dem Stammkapital der GmbH. gehört die Hälfte seiner Ehefrau Martha Ahrens, während ein Sohn, namens Willy Ahrens, mit einem anderen Herrn Gesamtprokura hat. Ein sorgfältig durchorganisierter Familienbetrieb also, wie man sieht. Wer Genaueres darüber nachlesen will, sehe sich im Handelsregister die Eintragung unter Nr. 43 625 an.

Auch das wieder ein bezeichnendes Kapitel neudeutscher Sozialpolitik mit privat-geschäftstüchtigen Hintergründen.

Aus Bremen Stadt und Staat.

Aus der Bürgerschaft.

Die Fraktion der NSDAP. brachte folgende Anträge ein:
Die Bürgerschaft beschließt:
Der Senat wird ersucht:

Eine Aufstellung über die Verteilung der staatlichen Wohnungsbauhypotheken im vergangenen Jahre der Bürgerschaft zugehen zu lassen. Es sind hierbei sowohl die jeweilige Höhe der Staatshypothek, als auch die den Bau ausführenden Firmen anzuführen, damit den in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchten über eine Bevorzugung einzelner Bauunternehmer in der Zuweisung derartiger Staatsgelder für von ihnen eingereichte Projekte ein Ende gemacht wird.

Die Bürgerschaft beschließt:
Der Senat wird ersucht:

Sämtliche offiziellen Festlichkeiten sowie die üblichen Senatsessen und ähnliche Veranstaltungen unter Berücksichtigung der heutigen wirtschaftlichen Notlage zu unterlassen. Soweit diese als im Interesse des Staates liegend nicht zu umgehen sind, sind sie in schlichtester Form abzuhalten und die Kosten hierfür, soweit es sich nicht um im Staatsinteresse geladene Gäste und dienstlich beteiligte Beamte handelt, von den Teilnehmern selbst zu tragen. Oeffentliche Mittel dürfen hierfür nicht verausgabt werden.

Die Bremer Nachrichten

bringen in ihrer Ausgabe vom Mittwoch, dem 4. Febr. ds. Js. folgenden Bericht aus Dresden: „In der Dienstag-Sitzung des Sächsischen Landtages gaben sämtliche bürgerlichen Fraktionen folgende Erklärung ab: „In der Landtagssitzung vom 29. Januar d. Js. wurde über einen Einspruch des nationalsozialistischen Abgeordneten Dönicke gegen seinen Ausschluß aus der Sitzung vom 27. Januar entschieden. Der Einspruch wurde verworfen. Auch die bürgerlichen Parteien stimmten für die Verwerfung, weil die Maßnahmen des Präsidenten gegen das geschäftsordnungswidrige Verhalten des Abg. Dönicke gerechtfertigt war. Diese Haltung der Bürgerlichen nahm der nationalsozialistische Abg. Lasch zum Anlaß für den Ausruf: „Bürgerliches Lumpengesindel!" Daß dieser Ausspruch tatsächlich gebraucht worden ist, steht nach dem Zeugnis mehrerer Abgeordneten einwandfrei fest. Hierfür wurde er vom Landtagspräsidium des Saales verwiesen. Sämtliche bürgerlichen Fraktionen des Landtags weisen die unerhörte Beleidigung durch einen nationalsozialistischen Abgeordneten mit aller Schärfe zurück."

Pfui! rufen die Herren von der Schlachtpforte im Brustton höchster Entrüstung und schütteln sich. Brr! Nee — diese Nazis! Unerhört! Wat denn, fragen wir in der uns eigenen Gemütsruhe. Wir verstehen die Entrüstung der „Nachrichten" gar nicht. Wenn bürgerliche Parteien als Steigbügelhalter der Marxisten fungieren, die selbstverständlich jeden Nationalsozialisten auch im Parlament zu terrorisieren bestrebt sind, so mögen die Herren sich nicht wundern, wenn ihnen von Zeit zu Zeit ein derbes Wort an den Kopf fliegt. Wo gehobelt wird, da fallen Späne und auch die „Bremer Nachrichten" dürfen davon überzeugt sein, daß ihnen noch manche Späne um die zarten Ohren fliegen werden. Denn wir Nationalsozialisten fühlen uns nun einmal nicht als Mitglieder eines bürgerlich-honorigen Debattierklubs, sondern als kampfbereite und kampfgewohnte Männer, die zur rechten Stunde auch ein treffendes, vielleicht sogar rauhes Wort zu sagen wagen. Wir haben im Laufe der vergangenen Kampfjahre gezeigt, daß wir uns keinem Terror beugen, auch nicht dem parlamentarischen Terror, der in dem vorliegenden Falle von bürgerlichen Parteien in Idealkonkurrenz mit den Marxisten geübt wurde. Wer wollte es unserem Pg. Lasch übelnehmen, daß er in herzerfrischender Deutlichkeit seinem Zorn über dieses jämmerliche Parlamentstheater Luft machte. Daß alle jene mittelparteilichen und gleichzeitig mittelmäßigen Gazetten aufheulen, beweist uns nur, daß der Hieb gesessen hat.

Zum Schluß sei uns noch eine bescheidene Frage verstattet. Wer ist wohl verdammenswerter, derjenige, der in bewiesener Unfähigkeit oder teuflischer Absicht seine Hand zur Versklavung des deutschen Volkes bietet, der helfend mitwirkt an der Zerstörung der Lebensgrundlagen unseres Volkes, der sich für die Verhängung des Todesurteils über alle schaffenden deutschen Menschen durch den Youngplan und weiterhin für die grausame Vollstreckung dieser Hinrichtung der Nation einsetzt — oder derjenige, der vielleicht einmal in gerechter Erbitterung über die alltäglichen bürgerlich-marxistischen Versuche unseren Freiheitskampf zu sabotieren, ein hartes Wort schleudert und damit die Würde und das Ansehen dieser lächerlichen neudeutschen Parlamente verletzt?

Wer sich an der Nation, am gesamten schaffenden Volk durch hilflose Erfüllungsbereitschaft oder gar in frevelhafter Absicht versündigt, ist unser Todfeind. Und um es einmal offen herauszusagen: wir wissen längst, daß die Verderber Deutschlands nicht allein unter den marxistischen „Führern" zu suchen sind, sondern daß auch in den bürgerlichen Parteien so manche Schwadroneure ihr Unwesen treiben, die der endlichen Befreiung Deutschlands hindernd im Wege stehen. Zu gegebener Zeit wird man sich also diese Herren einmal vorknöpfen und so mancher, der sich heute noch über unseren jugendfrischen Ton höchlich entrüsten kann, wird dann verstehen lernen, warum wir unerbittlich waren und sein mußten. Weil die Fortdauer dieses Systems den endgültigen Untergang des deutschen Volkes bedeutet und Rettung in letzter Stunde nur noch möglich ist durch radikale Abkehr und restlose Beseitigung des Systems. Und in diesem verzweifelten Kampfe, den wir gegen übermächtige Feinde zu führen haben und den wir um Deutschlands willen gewinnen müssen, mag hin und wider auch ein kantiges Wort gesprochen werden, ohne daß wir darob aus dem Häuschen geraten.

Hinein in die SS.!

Hört, hört!

Es gibt eine Steuer, die allgemein als höchst unsozial gilt, im Volksmund heißt sie Negersteuer. Auch in Bremen hat die alte Bürgerschaft die Bürger damit beglückt. Wer hat sie eigentlich eingeführt? Ja, wer? Da liegt vor mir ein Zeitungsblatt, die Bremer Volkszeitung vom 29./30. November 1930, darin kann man lesen:

Kommunistische Wahllügen.

Der Schwindel mit der Negersteuer. Die Kommunisten lassen ein Wahlflugblatt verbreiten, das sich von vorn bis hinten aus Lügen zusammensetzt. Mit eiserner Stirn wird unter anderem behauptet:

Der Koalitionssenat hat auf Anregung der Regierungsparteien mit Einschluß der SPD. eine doppelte Negersteuer (12 RM. für den Mann, 6 RM. für die Frau, zusammen 18 RM. für die Familie), eine 10prozentige Getränkesteuer und Biersteuer, die 1,8 Millionen einbringen soll, beschlossen.

Diese Behauptungen sind glatt erlogen. Der jetzige Senat hat weder über die Steuerfragen gesprochen, noch hat er obige Beschlüsse gefaßt. Es ist scheinbar der Wunsch der Kommunisten, obige Steuern herbeizuführen. Das könnte sehr leicht geschehen, wenn die Kommunisten und Nazis gestärkt und die Sozialdemokratie geschwächt aus der Wahl hervorgehen würden. Wenn eines die kommunistischen Steuerwünsche durchkreuzen kann, so ist es der Sieg der Sozialdemokratie.

Am Mittwoch, 11. Febr.,

8½ Uhr ist alles im

Casino!

Pg. Schemm-Bayreuth, M. d. R.

Vors. des Nat.-soz. Lehrerbundes

spricht über

„Kulturaufgaben des National-Sozialismus"

Eintritt 40 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

N.S.D.A.P. Bremen

Geradezu blöd ist es, wenn die kommunistische Presse dann die Frage an die SPD. stellt, warum sie dann ihren Anhängern obige Lügen (?) verschweigt. Welch eine geistige Armseligkeit und Anspruchslosigkeit! Wer sich von solchen Lügenbeuteln einfangen läßt, um den ist es nicht schade. Von Schaden ist nur, daß die gesamte Arbeiterbewegung durch derartige Treibereien zu leiden hat."

So schreibt die höchstwohllöbliche „Volks"-Zeitung noch am Wahltage und — — nach der Wahl war die Steuer plötzlich da. Da stellte sich heraus, daß sogar die Steuerkarten schon vor der Wahl gedruckt waren. Die „Volks"-Zeitung hätte nun eigentlich zugeben müssen, daß die Behauptungen der Kommunisten doch nicht so ganz aus der Luft gegriffen waren, wie sie es ihren Lesern gern vormachen möchte. Der Sieg der Sozialdemokratie war allerdings nicht eingetreten, und so hielt es die SPD. wohl für erforderlich, eine Strafe zu diktieren, sie nahm also die Negersteuer an. Sie rechnet fest damit, daß das „Volk" bis zur nächsten Wahl ihre „Lügenbeuteleien" vergessen hat, das Volk hat ja glücklicherweise ein so kurzes Gedächtnis. Dies Gedächtnis immer wieder aufzufrischen, soll unsere vornehmste Aufgabe sein, wir wollen diesen „Lügenbeuteln" immer wieder ihre Lügereien unter die Nase reiben, bis auch dem letzten deutschen Volksgenossen, der dieser Journaille bislang immer wieder glaubte, die Augen geöffnet sind und er in unseren Reihen die ganze Lügengesellschaft zum Teufel jagt. H.

„Gefesselte Justiz" verboten!

In dieser Spalte brachten wir in unseren bisherigen Ausgaben den Abdruck wesentlicher Artikel aus dem hochaktuellen Buch „Gefesselte Justiz" aus dem Verlag Lehmann in München.

Die fortschreitende moralische Zersetzung mußte für die Rechtsprechung, das Herzstück der Staatshoheit die empfindlichsten Folgen haben. Sie ist ein Opfer der Parteiherrschaft geworden; man hat sie zum Schutzschild für die gemeine Selbstsucht, für die Verbrecher an der Moral und an dem wirtschaftlichen Gut des Volkes, für die Plünderer der Staatskassen und ihrer Gönner in den „Volksvertretungen" gemacht.

Zu diesem Urteil muß jeder unbefangene Leser des kürzlich herausgekommenen Buches „Gefesselte Justiz" kommen. Der Gesamteindruck ist so vernichtend für die heutigen Machthaber der Republik, daß der Versuch von ihnen zu erwarten war, die Anklageschrift gegen die deutsche Justiz und ihre Verderber zu unterdrücken. So hat der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kuttner, Jude, der in dem Buche „Gefesselte Justiz" mehrfach erwähnt wird, gegen den Verlag Lehmann in München, der das Werk herausgegeben hat, eine einstweilige Verfügung erreicht, um die Verbreitung des Buches zu verhindern. Der Abgeordnete Kuttner wurde durch den in dem Buche mehrfach erwähnten Justizrat Werthauer vertreten. Dabei handelt es sich nur um eine nüchterne Darstellung des Verlaufs der großen Korruptionsprozesse der Republik; die Hauptbeweise sind die Auszüge aus amtlichen Akten und Erklärungen. Das gemeuchelte Recht steigt aus dem Grabe der Aktenbündel der deutschen Gerichte empor.

Stillgelegte Schiffstonnage in den Bremer Häfen.

Bremen, 5. Febr. Die für den Schiffsverkehr erfahrungsgemäß besonders ungünstigen Monate Januar und Februar haben im Verein mit der wirtschaftlichen Depression zu der Stillegung einer großen Anzahl von Schiffen in den Bremer Häfen geführt. Nach den neuesten Feststellungen Ende Januar liegen in Bremerhaven 19 Schiffe, in Bremen Stadt 21 Schiffe still. In den ersten Februartagen haben sich diese Zahlen um ein Geringes erhöht.

Im Hamburger Hafen liegen über 110 Seeschiffe mit einem Raumgehalt von weit mehr als 300 000 Brutto-Register-Tonnen still.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Fernsprecher: Roland 9980 (Früchtenicht).

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postscheckkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.

Versammlungen.

Massen-Versammlung am Mittwoch, dem 11. Februar 1931 im Casino. Redner: Pg. Hauptlehrer Hans Schemm-Bayreuth, M. d. R.
Versammlung am 15. Februar im Blockland.
" am 16. Februar in Borgfeld.
" am 17. Februar in Oberneuland.
Redner für alle drei Vers. Pg. Teich, Hannover.

Hitler-Jugend.

Sprechstunden des D.G.F. Bremen: Sonnabend nachm. 5—7 Uhr, Simonstraße 25 II.

Nationalsozialistischer Schülerbund.

Am Sonnabend, dem 7. Februar, nachmittags 4.30 Uhr
öffentliche Kundgebung
im Museum (Domshof).
Es spricht der Hitler-Jugend-Führer
Fritz Sell-Osnabrück
über „Nationalsozialismus, die Zukunft der deutschen Jugend".

Steintor-Distrikt.

Z.-O.-Leute, Montag, 9. Februar, 20½ Uhr Ostbörse.

Deutscher Frauenorden

trifft am 18. Februar in der Geschäftsstelle der N.S.-D.A.P. um 8½ Uhr wieder zusammen.

Es wird gebeten, für notdürftige Kleidungsstücke in der Geschäftsstelle, Pelzerstraße, abzugeben.

Ortsgruppenführer des Landgebietes,

die Konzerte der Musikabteilung der N.S.D.A.P. Bremen wünschen, wollen gefl. das Parteibüro, Pelzerstraße 12/13 benachrichtigen.

Geschäftliches.

Erika-Preisausschreiben.

Vielleicht bringen Sie es besser als der betreffende Werbeleiter, in knappen Worten, in einem Zweizeiler oder als überzeugendes Kenn- und Schlagwort zu sagen, welche wesentlichen Vorteile gerade eine Erika-Schreibmaschine ihrem Besitzer bietet; oder vielleicht können Sie mit einem gelungenen Amateur-Photo — ganz aus der Praxis herausgegriffen — den Vogel abschießen?

Wer die „Erika" noch nicht kennt, sollte sie sich umgehend bei Daniel Schad, Langenstraße 30, ansehen, dort ist sie ausgestellt!

30 Preise im Gesamtwerte von zirka 1 500 RM. sind gewiß ein guter Anreiz.

Wir wünschen Ihnen guten Erfolg!

Au weih geschrien!

Antreten zum Kirchgang — —

Der Feldwebel ruft mit erhobener Stimme über den Kasernenhof:

Die Herrrren Protestanten versammeln sich vor der Lukaskirche,
die Herrrren Katholiken vor der Marienkirche —
und die Herrrren vom Train bitte vor der Synagoge.

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Thiele, M. d R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Ifenfee, Oldenburg. Fernsprecher 4134

Der Revisions-Bericht über die Finanzgebarung der Stadt Emden im Wortlaut!

(Ein historisches Dokument.)

Wir geben den Bericht der kommunalen Treuhandstelle des Giroverbandes Hannover im Wortlaut in Fortsetzungen wieder, da sich die Verwaltung der Stadt Emden bis heute noch nicht veranlaßt gesehen hat, den Prüfungsbericht zur Kenntnis der Emder Einwohner zu bringen, sondern im Gegenteil immer wieder Mittel und Wege findet, die Veröffentlichung hinauszuschieben.

Wir beginnen mit dem hochinteressanten Kapitel

„Jaffa & Lewin, Berlin.

Tabelle IV, lfd. Nr. 37

Inhaberanleihe 3 Millionen Anleihe.

Die Anleihe ist vermittelt durch das Bankhaus Jaffa & Lewin, Berlin, welches die Anleihe neben der Arnold-Gelissenbank, Amsterdam, auch zur Zeichnung aufgelegt hat. Die stadtseitige Verbindung mit diesem Bankhaus ist ausweislich der Akten bereits im August 1925 aufgenommen, und zwar wird in dem ersten Brief der Firma Jaffa & Lewin auf Vorverhandlungen mit dem Bürgervorsteher Pels, Emden, Bezug genommen. (Siehe Brief der Firma Jaffa & Lewin vom 6. 8. 1925.) Die hiernach im Herbst 1925 gepflogenen Anleiheverhandlungen mit der Firma Jaffa & Lewin führten zunächst nicht zum Ziele. Das der Stadt Emden im Frühjahr 1926 unterbreitete Angebot, wonach die Firma Jaffa & Lewin zur Uebernahme einer Inlandanleihe in Höhe von 3 000 000.— RM. bereit war, ist sodann unter Beteiligung der Arnold-Gelissenbank in Amsterdam zustande gekommen. Nach dem Abkommen der Firma Jaffa & Lewin vom 5. 5. 1926 sollte die Stadt Emden die Anleihe zu einem Kurse übernehmen, der einer effektiven Verzinsung (also unter Berücksichtigung des Agio-Verlustes) von 8,92% gleichkam. (Anleihebetrag 3 000 000.— RM., Ausgabekurs 76,25%, mithin Agio- oder Ausgabeverlust 712 500.— RM.). Die Endauszahlung des Gegenwertes der Anleihe sollte Zug um Zug gegen die Lieferung der Stücke erfolgen. Ferner hat die Stadt Emden die Herstellung der Obligationen auf eigene Kosten zu übernehmen. Dem Bankhause war eine besondere Barprovision von 2% (Extraprovision für Jaffa & Lewin 60 000 RM. Warum wohl? Ist nach Ansicht der Revisoren sogar sonst nicht üblich!) im Falle der ministeriellen Genehmigung zugesagt. Falls dagegen die Anleihe nicht genehmigt werden sollte, war eine Provision von einem Drittel Prozent des Nominalbetrages vorgesehen. (Also selbst bei Nichtzustandekommen der Anleihe für Jaffa & Lewin 10 000 RM. Provision. Sonderbar!!) Die Aufnahme der Anleihe sowie das Abkommen mit der Firma Jaffa & Lewin vom 5. 5. 26 sind sodann von dem Magistrat und dem Finanzausschuß am 6. 5. 1926 genehmigt worden. Am gleichen Tage hat das Bürgervorsteherkollegium dem Beschluß des Magistrats und Finanzausschusses zugestimmt. In dem an den Herrn Regierungspräsidenten in Aurich sodann abgesandten Bericht vom 8. 5. 1926, in welchem um die Genehmigung der Anleihe nachgesucht wird, sind die Bedingungen über die Anleihe-Aufnahme im allgemeinen (also nur allgemein, aber nicht ganz) richtig enthalten, jedoch ist über die Provisionsvereinbarung mit der Firma Jaffa & Lewin in diesem Bericht nichts erwähnt. (Die 60 000 RM. Extraprovision hat man „versehentlich" verschwiegen! Hängt das vielleicht mit dem Schwiegersohn zusammen?) Ferner ist bezüglich der effektiven Verzinsung (also die pro Jahr sich ergebende Verzinsung der Gesamtanleihe unter Einrechnung des oben bereits errechneten Agio- oder Ausgabeverlustes von 712 500 RM.) in diesem Bericht ausgeführt, daß diese einschließlich Agioverlust 8,92% beträgt. Dabei ist bemerkt, daß bei dieser effektiven — wirklichen — Verzinsung der Auszahlungskurs 73,50% beträgt. (Demnach hätte die Stadt 2 205 000 RM. von 3 000 000 RM. erhalten müssen. Vorbehaltlich einer rentenmathematischen Nachprüfung aufgrund dieses Berichtes ist die Genehmigung zur Auflegung der Inhaberanleihe seitens des preußischen Ministers des Innern erfolgt. (Also aufgrund „allgemeiner", aber doch nicht „ganz richtiger" Angaben der Stadt.) Aus der Genehmigungsurkunde des Innenministers vom 5. 5. 1926, die dem Magistrat zugefertigt worden ist, ist zu entnehmen, daß der Unterschied zwischen der tatsächlich zu erhaltenden Darlehnssumme und dem vereinbarten Rückzahlungsbetrage nicht mehr als 26½% des Nennbetrages der Anleihe betragen darf, wobei Provisionen und sonstige einmalige Spesen in das Disagio mit einzurechnen sind. (Nach ministerieller Bestimmung hätten also an die Stadt 73,5% von 3 000 000 RM. — gleich 2 205 000 RM. — mindestens ausbezahlt werden müssen.)

Bei einer effektiven Verzinsung von etwa 8,92% kommt aber nur ein Auszahlungskurs von 69,50% in Frage. (Also nur 2 085 000 RM.) Von der Differenz zwischen dem ursprünglich mitgeteilten Auszahlungskurs von 73,5% und dem tatsächlich sich ergebenden Auszahlungskurs von 69,5% ist die Regierung nicht in Kenntnis gesetzt worden. (Eine Minderauszahlung von 120 000 RM. ist der Regierung also einfach verschwiegen worden.) Es ist auch unverständlich, daß in dem Bericht an den Herrn Regierungspräsidenten überhaupt ein Auszahlungskurs von 73,5% genannt worden ist, denn es war doch eine Selbstverständlichkeit, den Auszahlungskurs beim Vertragsabschluß mit Jaffa & Lewin einwandfrei festzulegen. Darüber können das Bankhaus Jaffa & Lewin, sowie der Stadt Emden (Harding) sich beim Vertragsabschluß nicht im Unklaren gewesen sein.

Im übrigen muß noch besonders betont werden, daß der wirkliche Anleiheerlös unter Berücksichtigung der gezahlten Provisionen pp. nur rund 67% betragen hat. (Es sind also tatsächlich nur 2 010 000 RM. von den angeliehenen 3 000 000 RM. in den Stadtsäckel geflossen. Der Gesamtverlust beträgt demnach 990 000 RM. oder rund 33% von 3 000 000.— RM. zu verzinsender Anleihe.) Von dem Auszahlungskurs von 69,5% sind noch folgende Prozentsätze in Abzug zu bringen

2% Vermittlungsprovision (60 000.— RM. Extraprovision für Jaffa & Lewin),
¼% für Börseneinführung und sonstige Nebenkosten.

Weiter ist die Gutschrift des Anleiheerlöses am 20. Juni 1926 erfolgt, während der Zinsenlauf für die Anleihe bereits mit dem 1. Juni 1926 begann, so daß durch diese verspätete Gutschrift des Anleiheerlöses ebenfalls der Stadt noch rund ¼% (7000 RM. Zinsen) verloren gegangen sind. (Nur 7000 RM. Extra-Verlust, na, Kleinigkeit für Emden!). Demnach kommt ein tatsächlicher Anleiheerlös in Frage von nur 67%.

Der Emissionskurs der Anleihe (Ausgabekurs oder Kaufpreis für 100.— RM. Nennwert) beträgt nach der Zeichnungsaufforderung des Bankhauses Jaffa & Lewin 76,25%. Der zur Auszahlung gelangende Anleiheerlös beträgt, wie unter vorhergehendem Absatz ausgeführt, nur rund 67%, so daß das Bankhaus Jaffa & Lewin bezw. die Gelissenbank Amsterdam einen Gewinn erzielten von rund 9,25%. Das sind 277 500 RM. Dieser Gewinn des Bankhauses bei dem Anleihegeschäft erscheint uns reichlich hoch. (Uns erscheint er echt jüdisch und unverschämt hoch. Oder haben Jaffa & Lewin diesen hübschen Betrag vielleicht teilen müssen? D. Schriftltg.)

Bei Auflegung derartiger Inhaberanleihen ist es u. E. nicht banküblich, besondere Barprovisionen, wie sie im vorliegenden Falle geleistet sind, zu zahlen. (Donnerwetter, ist das aber deutlich!) Der Gewinn für die auflegenden Bankhäuser besteht eben in der Differenz zwischen Emissions- (Ausgabe) und Auszahlungskurs. In diesem Falle betrug der Emissionskurs 76,25% und der Auszahlungskurs 69,50%. Demnach hätte bei dieser Anleihe die Differenz 6¾% betragen, wodurch ein Gewinn von 202 500.— RM. immerhin noch hoch genug erzielt worden wäre. (Aber selbst mit diesem „kleinen" Gewinn von 202 500.— RM. haben sich „unsere Lait" nicht begnügen können!)

Im übrigen ist noch ermittelt worden, daß für die Anlieferung der Schuldverschreibung bezw. für Beförderung und Abrechnung der Anleihestücke in Berlin und Amsterdam folgende Reisekosten gezahlt worden sind:

1) laut Beleg Nr. 163/1926 an Stadtsekretär Teßmer für Reise nach Berlin 119,80 RM.
2) laut Beleg 167/1926 an Senator Frickenstein für Reise nach Berlin 183,15 RM.
3) laut Beleg 171 an Bürgermeister Harding für Reise nach Berlin und Amsterdam 527,03 RM. (darunter Auslagen in Amsterdam 300.— RM.)
4) laut Beleg 172 an Senator Boermann für Reise nach Berlin und Amsterdam 303,03 RM. (darunter Auslagen in Amsterdam 300.— RM.)

(Herr Senator Boermann hat sich für einen Arbeiterführer anscheinend recht kostspielige Allüren angeeignet, oder derderben böse Beispiele gute Sitten?)

Bei letztgenanntem Beleg ist von Herrn Bürgermeister Harding folgender Vermerk gesetzt: Der vorstehende Betrag wird von der Firma Jaffa & Lewin in Berlin bei der endgültigen Abrechnung wieder erstattet. gez. Harding.

Wir haben aber nicht feststellen können, daß dieser Betrag von 503,03 RM. bei der endgültigen Abrechnung der Anleihe von dem Bankhaus erstattet worden ist, der bei präziser Abwicklung des Anleihegeschäftes hätte jedenfalls seinerzeit zurückgefordert werden müssen. Nach Lage der Verhältnisse kann jedoch heute der Betrag nicht mehr eingezogen werden. (Also wieder 503,03 RM. durch Bummelei zum Teufel.)

Besonders zu erwähnen bleibt ferner, daß zunächst der Gegenwert der 3 00 000.— RM.-Anleihe mit netto 2 017 500.— RM. auf Kontokorrentkonto bei der Firma Jaffa & Lewin belegt worden ist. Die Abrufung des Guthaben hat sodann nach und nach stattgefunden. Der Ende 1929 noch vorhandene Guthabenbestand auf den verschiedenen Kontokorrentkonten der Stadt beziffert sich insgesamt auf 192 213,75 RM., welcher infolge Zahlungsschwierigkeiten der Bank (Jaffa & Lewin) aber nicht mehr zurückgefordert werden konnte. Wir verweisen hierzu auch noch auf die besonderen Ausführungen Seite 61/76 dieses Berichtes. (Es ist geradezu unverständlich, daß die Stadt Emden nicht dafür gesorgt hat, daß der gesamte Anleiheerlös sofort seitens Jaffa & Lewin nach hier überwiesen worden ist. Von dem Restguthaben Ende 1929 in Höhe von RM. 192 213,75 wären dann bis jetzt keine 77 5000.— RM., worauf wir in späteren Fortsetzungen noch zurückkommen werden, für die Stadt verloren gegangen. Tatsächlich muß es als Irrsinn bezeichnet werden, wenn eine Stadt Gelder zu hohem Zinsfuße anleiht und dann die angeliehenen Summen zum großen Teile gleichzeitig bei jüdischen Geschäftsfreunden zu einem niedrigeren Zinssatz solange liegen läßt, bis nur noch ein Teil zu retten ist, während andererseits den Emder Steuerzahlern die Steuerschraube rücksichtslos bis zum Ruin angezogen wird. — Erhöhte Biersteuer, Kopfsteuer und andere.).

(Fortsetzung aus dem Finanzsumpf in der nächsten Nummer.)

Nationalsozialisten dürfen keine Not lindern.

Die Grundsätze des Regierungspräsidenten Jan Berghaus.

Die Bezirksleitung der NSDAP. Emden sandte, zwecks Genehmigung einer Sammlung zur **Linderung der größten Not**, an den Magistrat der Stadt Emden und an den Landrat des Landkreises Emden folgendes Schreiben:

NSDAP. Emden. Emden, den 31. Dez. 1930.
Betrifft: Sammelliste in der Stadt Emden (im Landkreis Emden).

Wir bitten hiermit den Magistrat (Landrat), der unterzeichneten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Emden, zu gestatten, daß seitens dieser Partei eine Sammelliste herumgereicht wird, deren Erlös restlos an arme und in Not befindliche Volksgenossen verausgabt wird.

Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Wähler- und Anhängerschaft in Erwartung unserer Sammlung mit Beiträgen zurückgehalten hat, und sind davon überzeugt, daß wir die, von den andern Sammlern nicht erfaßten Kreise zur Hergabe eines Notopfers bewegen werden, im Interesse notleidender Volksgenossen in der Stadt (im Landkreise) Emden.

N. S. D. A. P. Emden.
gez. Folkerts.

Der Magistrat der Stadt Emden, bezw. der Landrat leiteten dieses Schreiben als nicht zuständig an den Regierungspräsidenten Berghaus weiter.

Dieser schlägt unseren so berechtigten Antrag mit folgender Begründung ab:

Der Regierungspräsident. (IL.)
Aurich, den 9. Januar 1931.

Auf den Antrag vom 31. vor. Monats, erwidere ich Ihnen, daß ich die Genehmigung zu einer Haussammlung im Landkreise Emden aus grundsätzlichen Erwägungen nicht erteilen kann. Es geht nicht an, solche Wohltätigkeitssammlungen durch einzelne politische Parteien vornehmen zu lassen. Dazu müssen sich alle Volkskreise über die Grenzen der Parteien hinweg zu einer Notgemeinschaft zusammenfinden.
gez. Berghaus.

Ein zweites Schreiben bezüglich der Sammlung in der Stadt Emden, vom 17. 1. 31., in welchem auf obiges Schreiben hingewiesen wird, weist darauf hin, daß in Emden bereits eine Notgemeinschaft gebildet sei, die eine Haussammlung abgehalten habe und die ihre Unterstützung allen Volkskreisen biete, versagt den Emder Nationalsozialisten ebenfalls die Genehmigung, die beabsichtigte Notlinderungsaktion durchzuführen.

Welcher Art die grundsätzlichen Erwägungen des Regierungspräsidenten Berghaus sind, können wir uns denken. Daß der Herr Berghaus sein hohes Amt in keiner Weise mit den daraus erwachsenden Pflichten in Einklang zu bringen versteht, steht fest; denn sonst müßte er **alle Maßnahmen**, die dazu dienen, die geradezu **katastrophale Not** — besonders in der Stadt Emden zu lindern, gleichgültig von welcher Partei sie kommen, **grundsätzlich unterstützen.**

Die oben angeführten **Haussammlungen der Notgemeinschaft** in Emden haben, das dürfte auch Herrn Berghaus bekannt sein, ein **klägliches Ergebnis** gehabt, in erster Linie darauf zurückzuführen, daß viele Kreise **kein Vertrauen mehr zu den Veranstaltern** dieser Notgemeinschaft haben. Und jetzt kommen die **Nationalsozialisten**, und wollen es besser machen? Nein! Das kann grundsätzlich nicht gestattet werden.

Wir werden Veranlassung nehmen, die Grundsätze des demokratischen Regierungspräsidenten den notleidenden Kreisen zu vermitteln. Anstatt alle Maßnahmen zur Linderung der Not des schaffenden Volkes zu unterstützen, hält es Herr Berghaus allem Anschein nach für wichtiger, **einen lächerlichen Beleidigungsprozeß wegen seines Vornamens** zu führen. Die tausend Mark, die der bekannte Prozeß kostete, der mit einem glänzenden Reinfall des Regierungspräsidenten endete, wären besser zur Linderung der Not verwandt worden. Aber dafür hat ein rechter Demokrat kein Verständnis.

Zweierlei Maß im Geschäftsordnungsausschuß.

Die Beratung wurde am Donnerstag vornehmlich mit Anträgen auf Aufhebung der Immunität in 6 Fällen ausgefüllt, in denen die **Genehmigung zur Strafverfolgung des Kommunisten Schneller** nachgewurde. Sie wurde mit Stimmenmehrheit **beschlossen.** Die Aufhebung der Immunität des **Sozialdemokraten Zacker dagegen wurde abgelehnt.** Daß es so kommen würde, konnte man aus den beiden letzten Sitzungen ersehen.

Sozialdemokraten werden dem Richter entzogen, die Abgeordneten der Opposition aber, **Nationalsozialisten und Kommunisten**, werden den Gerichten überliefert. Wenn man sich einbildet, durch solche Mätzchen die Opposition mundtot machen zu können, dürfte man bittere Enttäuschungen erleben.

War Hörsing wieder besoffen?

In Eutin fand eine „große" Reichsbannerkundgebung statt. Die Ansprache hielt der Bundesgeneral Hörsing. In dieser widerrief er das, was er in Bremen und an anderen Plätzen über den Bürgerkrieg gesagt hatte.

Preisfrage: Wo war Hörsing nüchtern?

Armer Hörsing.

Wenn man Katzenjammer hat, ruft man den Ulrich (sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter); dieser Satz stand schon am 19. Dezember vorigen Jahres in der R. S.-Zeitung. Der SPD.-Katzenjammer ist offenbar immer noch nicht vorüber. Seine Versammlungen gestalten sich regelmäßig zu Unterhaltungsabenden, die von Nationalsozialisten gern besucht werden. (Spaß muß bei der Leiche sein!). Als Ulrich am 22. Januar in Tübingen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man Hörsing einmal besoffen aus einer Reichstagssitzung getragen habe, antwortete er wörtlich: „Es kann vorkommen, daß unter einer solch riesenhaften Partei, wie der sozialdemokratischen, auch unwürdige Elemente sitzen".

Herr Hörsing, das lassen Sie sich gefallen?!